

Bezugspreis:

Bestellh. 30. — M. monatl. 10. — M. frei ins Haus, wozu 10 Pf. Post- bezug. Monatlich 10. — M. exkl. Post- bezugsgeld. Unter Ausland für Deutschland und Oesterreich 16.50 M. für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Post- bezugsgeld nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Einsetzen in die Post-Zeitungs-Verträge.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochent- täglich zweimal, Sonntags und Mon- tags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Raumverträge
1. Zeile: 2. — 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. —
„kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1. — 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. —
jeweils 60 Pf. Stellungs- und
Schließungsgebühren das erste Wort
45 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.,
Wörter über 15 Buchstaben zählen für
zwei Wörter, Kreuzungsgebühren 50%,
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Belle 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. —
— M. die Stelle ohne Aufschlag,
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptredaktion, Berlin S.W. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schließzeit
nach 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Marienplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 27. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Marienplatz, Nr. 11753—54.

Parteitag und Frauenkonferenz.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 10. Oktober, abends 6 Uhr,

nach Kassel („Stadthalle“) ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines. Referent: Weis.
 - b) Organisation und Kasse. Referent: Parteiv.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Berichterstatter ist noch nicht bestimmt).
4. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Genf. Referent: Meerfeld-Röhl.
5. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Sirsch und Engler-Freiburg.
6. Das Parteiprogramm. Referent: Dr. Adolf Braun.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Dries, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung von Anträgen, rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 17. September im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein

besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden. Den Anträgen beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Am 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Kassel („Stadthalle“) eine

Reichsfrauenkonferenz

statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die politische und organisatorische Wirksamkeit der Frauen in der Partei. Referentinnen: Gen. Büß und Köhl.
2. Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrt. Referentinnen: Genossin Bloss und Genossin Caspari.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Parteibezi 1—2 Delegierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Sofern männliche Genossen von ihrer Bezirksleitung mit Mandat versehen werden, sind sie zur Teilnahme an der Reichsfrauenkonferenz berechtigt.

Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe möglichst bis zum 25. September mitzuteilen, damit ihnen das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt werden können.

Wegen Wohnungsbefehl müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden: Adresse: C. Strube, Kassel, Spohrstr. 6.

Berlin, den 26. August 1920.

Der Parteivorstand.

Polenschuß und Deutschenschuß.

Die polnische Regierung bestreitet, polnisches Militär nach Oberschlesien geschickt zu haben — der polnische Generalstab gibt es, laut „Nationalitäten“ zu und erklärt nur, die Entsendung sei nicht zur Annexion Oberschlesiens erfolgt, sondern nur zum Schutz der dortigen Polen.

Ob nun Militär oder nur Vandalen über die Grenze gegangen sind — beides wäre ohne Duldung durch die polnischen Behörden nicht möglich gewesen. Nehmen wir einmal an, daß deutschnational verheulte Leute in Oberschlesien mit Gewalttätigkeiten gegen Polen angefangen hätten, so wären das immer noch Privatmenschen und es geschah in einem Gebiet, das nicht von einer deutschen, sondern von einer internationalen Regierung verwaltet wird.

Was aber seit dem Umsturz z. B. in Pomerellen und in den deutschen Teilen der Tschechoslowakei gegen Deutsche geschehen ist: Raub der Schulen, Vernichtung von Denkmälern, Ausrottung deutscher Aufschriften, Verjagung deutscher Beamter, Niederschlagung friedlicher Demonstrationen, Anhebung der Preise usw. — das geschah von einer deutschen Seite, von regulärem Militär, zu dem ja doch auch die tschechischen Legionäre gehören, das geschah von Organen der Staaten, zu denen diese Deutschen geschlagen worden sind.

Man stelle sich vor, was uns angetan worden wäre, wenn etwa deutsches Militär oder deutsche bewaffnete Vandalen in jene Gebiete eingebrochen wären, um unsere Volksgenossen zu schächten.

Was aber tun die Weltbeherrscher von Paris und London gegen Polen? Sie wollten der Welt die Freiheit und den Frieden bringen. Nun — wohlan!

Es könnte für den nur noch auf Mitteleuropa beschränkten „Weltfrieden“ gefährlich werden, wenn der Glaube entstände, daß bei der Völkerei die Bedrohung und Vernichtung deutscher Leben und Güter geringer gewertet werde als andere. Zweifellos ist ja diese Tendenz zur Zeit des Versailles Diktats noch sehr maßgebend gewesen. Aber heute haben wir doch Frieden und das neugeschaffene bessere Europa!

Die Lage in Oberschlesien.

Der Preussische Pressedienst teilt mit:

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Die Internationalen Kommissionen hatten zwar mitgeteilt, daß die polnischen Arbeiter das Versprechen gegeben haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, die feiernden Gruben streiken aber, trotz aller energischen Aufforderung zur Arbeit, weiter. Jedoch wurde angenommen, daß Donnerstag mittag ein Teil der Arbeiter einströmen würde. Im übrigen laufen noch immer Mitteilungen von Gewalttätigkeiten der Polen ein.

In Rybnitz herrscht Ruhe, da die Italiener mit großer Energie an die Säuberung gehen. In Loslau wurden nicht nur Gewehre und Revolver, sondern auch Maschinengewehre der Insurgenten beschlagnahmt. Sehr wesentlich ist, daß jetzt auch in Myslowitz infolge des energischen Eingreifens der Italiener Ruhe herrscht.

In der Hauptsache ist man sich darüber einig, daß in einer Reihe von Dörfern der Zustand von halbwegsigen Durschen, die nicht einmal ortsfest sind, getragen wurde. Auch wurden gefährliche Ausweise häufig vorgezeigt, wenn man in die Häuser einzutreten um angeblich nach Waffen zu suchen. Im Landkreis Tarnowitz dürfen die Deutschen sich nicht rühren und müssen immer gewärtig sein, an Gut und Leben Schaden zu erleiden. Auch dort sind die Insurgenten größtenteils auswärts, und es ist eine Anzahl von Häuserbrandfeststellungen worden. Sie stehen, plündern und morden ganz besonders gegen die Lehrerschaft.

Die Lehrer läßt man offenbar für die fatalistischen Tendenzen der polnischen Massen; vielleicht auch persönlich für den Dries, den sie den jetzigen Herren Volksdefektoren angedeihen lassen mußten.

Einigung der Gewerkschaften?

Ein Aufruf der polnischen Gewerkschaften und der polnischen Zentralgewerkschaft an die Bergarbeiter fordert in Anbetracht der Erfüllung der Wünsche der polnischen Gewerkschaften zur sofortigen Arbeitsaufnahme und zur Befolgung der Anordnungen der Internationalen Kommission auf. Diese habe versprochen 1. die Beseitigung der Sicherheitspolizei bis zum 31. August und ihre Ersetzung durch eine Bürgerwehr, 2. Befreiung der an den Unruhen Beteiligten, 3. die Ausweisung der seit dem 1. August Zugewanderten, 4. Vergütung des an Leben und Eigentum angerichteten Schadens. Die Arbeitgeber seien bereit, die Streitigkeiten nicht auf die Ferien anzurechnen, die Deputatskölle nicht zu kürzen und die Ausfälle durch Uebersichten ersehen zu lassen. Wegen Verzögerung der Streitfrage werde weiter verhandelt.

Aus den tschechischen Gewerkschaftskreisen verlautet, daß dort mit steigender Zuversicht der Entwicklung der Dinge entgegenzusehen werde. Man glaube, in kurzem wieder mit einem geregelten Wirtschaftsleben rechnen zu können. Zwischen den deutschen und polnischen Gewerkschaften werde eine Einigung angebahnt.

Der Preussische Pressedienst meldet: Nachdem den Führern der Gewerkschaften und der politischen Parteien von den Funktionären der Internationalen Kommission die bestimmte Zusicherung gemacht worden ist, daß jetzt die Entlassung rückwärtslos durchgeführt und Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden sollen, ist beschlossen worden, sei es auch um den Preis der Umformung der Sicherheitspolizei in eine paritätische Bürgerwehr, von der Durchführung des Generalstreiks abzusehen, weil das Vertrauen besteht, daß die nunmehr gegebenen Zusicherungen auch ausgeführt werden. Wenn aber auch diesmal sich herausstellen sollte, daß es bei Versäumnissen bleibt, und die Internationalen Kommission nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, Ordnung zu schaffen, dann ist der Ausbruch des Generalstreiks als sicher zu erwarten.

Schwedische Menschlichkeit.

Stockholm, 25. August. (S.W.) Der „Aftonbladet“ hat die schwedische Regierung dem schwedischen „Roten Kreuz“ 100 000 Kronen zur Verfügung gestellt für den Heimtransport der Gefangenen aus England. Der Generalsekretär des Roten Kreuzes teilt mit, daß die Summe hauptsächlich zum Einkauf von Nahrung und Arzneien für die durch das Bager in Narva gehenden Gefangenen verwendet wird.

Unabhängiges Dilemma.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung — nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt — ist im wesentlichen hervorgegangen aus dem Widerstreit zweier Prinzipien, des demokratischen und des diktatorischen Sozialismus. Aber wie die Bildung von Parteikörpern durch allerhand Zufälligkeiten bedingt ist, so entspricht die äußere Erscheinungsform der Spaltung in Deutschland nicht der geistigen Ursache. Aus zwei miteinander untereinander Prinzipien sind seltsamerweise drei getrennte Parteien hervorgegangen: die Sozialdemokratie, die Unabhängigen und die Kommunisten.

Während sich in der Sozialdemokratie der Gedanke des demokratischen, in den Kommunisten der des diktatorischen Sozialismus verkörpert, hat die Unabhängige Partei eine Mittel- und Zwischstellung eingenommen. Dabei war sie manchen Schwankungen unterworfen. 1918 noch überwiegend demokratisch orientiert, hat sie sich in den folgenden Jahren mehr der Diktatur genähert, ohne aber jemals das eine Prinzip restlos aufzugeben, das andere restlos anzuerkennen. Demokratie und Diktatur sind aber begriffliche Widersprüche. Man kann das eine oder das andere, aber nicht beides zugleich wollen. Den Unabhängigen ist es keineswegs gelungen, die gedanklichen Gegensätze zwischen Diktatur und Demokratie geistig irgendwie zu überbrücken. Ihr Tun war ein taktisches Lavieren zwischen den Gegensätzen.

Die Führer der Unabhängigen Partei haben offenbar gehofft, ihre rein opportunistische Politik des Sichanpassens an die jeweilige Volksstimmung ohne feste theoretische Unterlage noch eine gute Weile fortsetzen zu können. Rascher als sie gedacht haben, sind sie jetzt vor die Entscheidung gezwungen worden. Die von Moskauer gestellten Bedingungen für die Aufnahme in die Dritte Internationale lassen ein weiteres Lavieren nicht mehr zu, sie erfordern ein unbedingtes Ja oder Nein.

In Moskau hat sich der Diktaturgedanke konsequent zu Ende entwickelt. Man bemerkt hier die Diktatur nicht mehr mit demokratischen Argumenten wie dem, daß die Diktatur des Proletariats ja die Diktatur der Mehrheit der Bevölkerung sei, sondern man proklamiert die Diktatur einer mit unbeschränkter Machtvollkommenheit ausgerüsteten Parteileitung, der sich alles widerspruchslos zu unterwerfen hat: eine Diktatur über das Proletariat, ausgeübt von einer Handvoll Menschen. In dieser seiner letzten Konsequenz sollen die Unabhängigen das Prinzip der Diktatur schlucken oder ganz drauhen bleiben.

Das ist eine harte Alternative für die Fortradikalen, die sich in dem Rebel der prinzipiellen Unentschiedenheit bisher so wohl gefühlt haben, weil er ihrem agitatorischen Treiben die beste Deckung bot. Man versteht das Gesammer der „Leipziger Volkszeitung“, die schreibt:

Die Moskauer Kommunistische Internationale hat den großen Gedanken des internationalen Zusammenklusses aller revolutionären sozialistischen Parteien der Welt erschlagen. Keines erschlagen — für Jahre erschlagen. Sie will keine Internationale aller Revolutionäre, sie will nur eine Internationale der Kommunisten sein.

Die „Leipziger Volkszeitung“ trifft durchaus den Kern der von Moskau gestellten Bedingungen, wenn sie weiter schreibt, daß sie von der Unabhängigen Partei die völlige Aufgabe ihrer Selbstständigkeit verlangen, daß ihre Konsequenz der bedingungslose Anschluß an die K. P. D. und die Unterstellung unter die Führer dieser Partei ist, wonach es dann nicht mehr viel zu bedenken habe, daß alle Weisungen des Moskauer Exekutivkomitees unbedenken auszuführen sind.

Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus kann man der „Leipziger Volkszeitung“ auch nur voll beipflichten, wenn sie den Gedanken als unerhört und Wahnsinn bezeichnet, die Arbeiterbewegung der ganzen Welt von einer Zentralfstelle aus diktatorisch regieren und das Ideal einer Verschwörerergesellschaft auf eine internationale Massenbewegung übertragen zu wollen. Die „Leipziger Volkszeitung“ erkennt auch richtig, daß von den Unabhängigen die Sprengung der Gewerkschaften gefordert wird, sie klagt beweglich, daß es den außerordentlichen Parteitag zu einer Farce entwürdigen heißt, wenn von diesem Parteitag, der erst über die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen zu entscheiden hat, die Opposition gegen die Moskauer Bedingungen von vornherein ausgeschlossen sein soll. Ihr klagender Ausschrei klingt in die Worte aus:

Toller ist es wohl kaum jemals von einer Partei gefordert worden. Hier gibt es nur eine Antwort: Ein einmütiges rundes unumwundenes Unannehmbar! Wir sind überzeugt, daß die Partei in ihrer Gesamtheit zu diesem Schlusse kommen muß. Wir sind wirklich gespannt darauf, ob sich noch irgend jemand in unserer Partei finden wird, der die Annahme dieser Bedingungen zu fordern wagt.

Diese Spannung löst sich schnell. Denn in der „Freiheit“ vom Donnerstag abend findet sich bereits Ernst Däumig als derjenige, der für die Annahme der Moskauer Bedingungen plädiert. Däumig war einer der unabhängigen

Delegierten in Moskau und er selbst kann sich die Verantwortung nicht versagen, daß dort die heftigste Kritik an den Unabhängigen von Deuten vollzogen wurde, die „mit keinerlei Kenntnis der deutschen Verhältnisse belastet waren“. Bezeichnete doch einer der größten Heißsporne die Unabhängigen als Regierungspartei! Das hindert aber den braven Däumig nicht, von diesen ahnungslosen Menschen in Moskau künftig die Befehle für die Unabhängigen, oder alsdann vielmehr kommunistische Partei entgegenzunehmen zu wollen. Gegen seinen einzigen der 21 Punkte erhebt Däumig Widerspruch. Offenbar hat bei ihm schon die Drohung des Punktes 21 gewirkt, daß Gegner der von Moskau gestellten Aufnahmebedingungen vor der Aufnahme in die Dritte Internationale aus der Partei auszuschließen sind. Das ist ja überhaupt das Charakteristische dieser Aufnahmebedingungen, daß jeder Unabhängige, der jetzt den bescheidensten Einspruch dagegen macht, damit von vornherein sein kommunistisches Seelenheil verlernt!

Mit großer Wärme plädiert Däumig dafür, Kautsky auf dem Altar der Versöhnung mit Moskau zu opfern. Däumig beweist seine Volkswissenschaftlichkeit damit, daß er Kautsky als Helfer der Rottschak, Demin, Zudenitsch, Wrangel usw. demütigt. Man wird es ihm in Moskau lobend anmerken. Aber mit diesem einen Opfer werden sich die Moskauer Götter schwerlich begnügen. Die 21 Punkte fordern viel mehr, sie verlangen Massenrücktritt und Massenanschluß der unabhängigen Führer. Däumig freilich rettet für sich persönlich noch eine knappe Antwortschafft, er hat das bolschewistische Prinzip glücklich geschluckt und begeistert sich für eine „straff organisierte und militärisch disziplinierte Organisation“. Der Militarismus als Organisationsideal — die letzte Konsequenz des Diktaturgedankens.

Wir sehen jetzt bei den Unabhängigen zwei Richtungen sich schroff gegenüberstehen: die eine, vertreten durch die „Leipziger Volkszeitung“, ist für entschiedene Ablehnung der Unterwerfungsbedingungen, die andere, vertreten durch Däumig, für ebenso entschiedene Annahme. Zweifellos wird jeder Standpunkt eine bedeutende Gefolgschaft um sich sammeln, welcher die Mehrheit gewinnen wird, läßt sich heute noch nicht erkennen. Jedenfalls ist aber die Stellung der Däumigleute in einem Punkte stärker: sie wissen wenigstens, was sie wollen und sind konsequent. Dagegen wird die „Leipziger Volkszeitung“ selber bald bemerken, daß die Bekämpfung der 21 Punkte vom Standpunkt der Demokratie aus leicht ist, aber schwer für den, der sich bereits theoretisch zur Diktatur hin entwickelt hat. Ein Demokrat kann die 21 Unterwerfungspunkte als die kraße Verneinung jeder Demokratie brandmarken, die Halb- und Viertel-Diktaturanhänger vom Schlage Leipzig aber kämpfen gegen ihr eigenes, nur konsequent zu Ende gedachtes Ideal.

Recht hinderlich wird für die Anhänger der „Leipziger Volkszeitung“ auch die Konsequenz sein, daß bei Ablehnung der Unterwerfungsbedingungen die Unabhängigen außerhalb jeder Internationale stehen, falls sie nicht mit ihren französischen Leidensgefährten zusammen eine Vierte Internationale aufmachen wollen.

Wie der Streit enden wird, darüber wollen wir nichts prophezeien. Die „Leipziger Volkszeitung“ selber fürchtet als Konsequenz der Moskauer Bedingungen die (von Moskau auch wohl beabsichtigte) Sprengung der Unabhängigen Partei. Wir jedenfalls leben in dem Zwiespalt, der jetzt die Unabhängige Partei durchdrast, die Bestätigung, wie richtig es seitens der Sozialdemokratie war, konsequent an dem Grundsatz der Demokratie festzuhalten und keine Kompromisse mit dem Diktaturgedanken zu schließen, die unweilbar in eine Sackgasse führen, wenn man nicht bei der Verherrlichung der jehrankehen Despotie Weniger über das Proletariat enden will.

Ein Wort an die anderen!

Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

„Der „Vorwärts“ ist geneigt, sich gegenüber der „Freiheit“ wegen seiner Randbemerkungen im Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu verteidigen. Er überreicht dabei einen wichtigen Vortrag. In der Sitzung am 24. August haben die Vertreter der U. S. P., Adolf Hoffmann, Luise Jetz und Kurt Rosenfeld, widersprüchlos den Wunsch des Vorstandes des A. D. G. B. entgegengenommen, die Redaktion der „Freiheit“ zu veranlassen, in gleicher Weise, wie es schon im „Vorwärts“ geschehen ist, zu bemerken, daß dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes nur insoweit nachgegeben werden kann, als es die Richtlinien für die Kontrolle des Transportes von Kriegsmaterial (siehe Nr. 422 des „Vorwärts“ vom 25. August 1920) vorsehen. Der Vorstand des A. D. G. B. hat seinen Aufruf offenbar erlassen, ohne die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu berücksichtigen, nach dem Deutschland verpflichtet ist, Transporte der Entente passieren zu lassen. Nach den Versailler Friedensbedingungen ist leider der deutschen Arbeiterkraft nur ein mehr passives Eingreifen bei den Maßnahmen zur Verhütung eines neuen Krieges ausgesprochen. Also kann zurzeit nur die Arbeiterschaft Englands und Frankreichs vorgehen. Um dies herbeizuführen, waren wir genötigt, an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 25. August folgendes Telegramm zu senden:

„Nach Anordnung der Vorkommnisse soll Oberkommissar Towler Entladung des Kriegsmaterials für Polen im Hafen von Danzig durch Truppen vorsehen lassen. Lloyd George bestimmt Danzig als Zufahrtshafen für Polen. Was bedeutet die englische Arbeiterschaft gegen diese offenbar Neutralitätsverletzung des Freistaates Danzig zu tun?“

Die Hafenarbeiter in Danzig haben schon einmal Mitte Juli d. J. die Ausladung von Kriegsmaterial für Polen, das auf englischen Schiffen nach Danzig kam, verweigert, worauf englische Truppen die Ausladung vollzogen. Die Entente hat es zurzeit noch vollständig in der Hand, zu entscheiden, ob der Hafen von Danzig und die ehemalige Reichswehr Polen oder dem Freistaat Danzig zugesprochen werden sollen. Verweigern die Hafenarbeiter Danzigs auch weiterhin die Ausladung solchen Kriegsmaterials, so dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Entente den Hafen von Danzig Polen zuspricht. Das würde bedeuten, daß die deutsche Arbeiterschaft durch polnische Arbeiter ersetzt wird und Zehntausende Danziger Hafenarbeiter heimlos werden. Dies kann nur durch aktives Eingreifen der englischen Arbeiterschaft verhindert werden. Sie muß dafür sorgen, daß die Verladung von Kriegsmaterial für Polen nicht über Danzig erfolgt.

Die Arbeiterschaft Frankreichs muß die französische Regierung veranlassen, die Neutralität Oberschlesiens nicht zu verlassen und Truppen und Kriegsmaterial nicht über Oberschlesien nach Polen durchzulassen. Kann die Arbeiterschaft Englands und Frankreichs diese Wege nicht sperren, so sind alle Bemühungen der Eisenbahner und Transportarbeiter Deutschlands, den Transport von Kriegsmaterial zu verhindern, vergeblich. Hier muß sich einmal der feste Wille der Arbeiter Englands und Frankreichs zeigen, jedes weitere Kriegsumernehmen zu verhindern.

Die deutsche Arbeiterschaft würde aktiv eingreifen können, wenn nicht die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles sie hinderte. Täte sie es trotzdem, so würde das Kohlengebiet Deutschlands von den Ententetruppen besetzt und fernerhin zum Nutzen der imperialistischen Kreise in Frankreich und England ausbeutet werden. Bevor nicht die organisierte Arbeiterschaft in England und Frankreich die Sicherheit schafft, einen solchen Akt der Entente zu verhindern, ist ein aktives Eingreifen der Arbeiterschaft Deutschlands über die von den beteiligten Organisationen festgelegten Richtlinien hinaus nicht möglich.

Darauf hinzuweisen ist unsere Pflicht, damit nicht, wie bei dem Vorkrieg gegen Ungarn, nachträglich nach einem Schuldigen gesucht wird, der für den Fehlschlag des Unternehmens verantwortlich sein soll. Nach dem Ergebnis der Beratung vom 24. August wissen wir uns in dieser Auffassung einig mit den Vertretern des Vorstandes der U. S. P. D.“

Bist du nicht willig...!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wie wir an anderer Stelle berichteten, in einem Telegramm die englische Arbeiterschaft gefragt, was sie tun wolle, um die Neutralität der freien Stadt Danzig zu schützen.

Man wird auf die Antwort sehr gespannt sein dürfen. Inzwischen aber hat Sir Reginald Tower als Oberkommissar der Entente in Danzig dem dortigen Staatsrat eine Rede gehalten, in der er darauf aufmerksam macht, daß Danzig ja noch immer kein Freistaat sei, sondern daß es von der Gnade der Entente abhängt, ob die Stadt wirklich Souveränitätsrechte erhalten solle. Tower beschwerte sich darüber, daß Danzig durch die Verfassungsgebende Versammlung die Neutralität Danzigs ausgesprochen habe und daß die Danziger Hafenarbeiter durch ihre Weigerung, Kriegsmaterial für Polen aus den Schiffen zu löschen, die Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt hätten. Er machte darauf aufmerksam, daß die Alliierten in diesen Tagen beschließen werden, ob die Stadt Danzig überhaupt noch ein freies Verfügungsrecht über ihren Hafen behalten dürfe. Wahrscheinlich wäre schon der Beschluß gefaßt, daß der Art. 104 des Friedensvertrages in Kraft trete, und den Polen die Benutzung des Hafens zugesprochen werde. In Frankreich seien gegen ihn schon Vorwürfe über seine allzu freundliche Haltung wegen Danzig erhoben worden. Jetzt müsse er den Ententeregierungen Auskunft geben, ob er die Erklärung Danzigs zu einem Freistaat für möglich halte. Er wisse nicht, was er darauf sagen solle, da die Vorkommnisse im Hafen sich so gestaltet hätten, daß die Alliierten sich das nicht gefallen lassen könnten. Er appellierte an die Danziger Hafenarbeiter, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen, die Ausladung der Munition besorgen und dadurch größeren Schaden von der Stadt fernhalten.

Der Vorsitzende des Staatsrats, Oberbürgermeister Sahn, machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Verfassungsgebende Versammlung der Stadt keineswegs ihre Befugnisse überschritten hätte, als sie dem Wunsche Ausdruck gab, daß der Oberkommissar als gegenwärtiger Träger der Souveränität die Neutralität ausspreche. Vorgekommene Gewalttaten von Arbeiterseite verurteilte die Stadt, aber diese Gewalttaten seien nicht eigentümlich von den Hafenarbeitern verübt worden. Die Arbeiter zu zwingen, irgendeine Arbeit zu verrichten, die sie nicht verrichten wollten, sei allerdings die Danziger Regierung so wenig in der Lage als irgendeine andere Regierung in der Welt. Der Bürgermeister hat den Oberkommissar, seine Ausführungen zur Kenntnis der alliierten Mächte zu bringen, damit bei der Entscheidung für die Zukunft Danzigs diese Gründe berücksichtigt werden könnten.

Inzwischen wird mit allen Mitteln dahin gearbeitet, für die deutschen Hafenarbeiter Danzigs andere Arbeitskräfte heranzubringen, die dann durch Kriegsschiffe der Alliierten während der Arbeit unterjocht werden sollten. Die Frage des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Gewerkschaftsinternationale, was sie tun will, um diese Vergeßlichkeit der deutschen Arbeiter zu verhindern, ist also doppelt dringend.

Blinder Eifer.

Verstörung von abzulieferndem Geeregut.

Zu Ausschreitungen, die zu einem Eingreifen der alliierten Ueberwachungskommission führen dürften, ist es nach Meldung der U.S.-Korrespondenz am Donnerstag nachmittag in der Fabrik der Julius Pinisch & Co. in Fürstentum gekommen.

Bei der Firma Julius Pinisch erschien unlängst eine Entente-Kommission, welche für Frankreich, England, Japan und Italien

Hegel.

Zu seinem 150. Geburtstag am 27. August.

„Von der Vorleser Kunst und das vermißt Schwantke sein Charakterbild in der Geschichte.“

Metaphilosoph — Staatsphilosoph — und Halbgott, das war die Stufenleiter von Hegels lebensverlassender Ruhm — das und Verachtung war das Schicksal des Dahingegangenen. Wohl dem, den es erst trifft, wenn er die Verdammnis nicht mehr fühlt. — Aber nicht für ewig wurde Hegel zur Pöbel hinabgestoßen. Große kamen nach ihm und zeigten der Nachwelt, was er Wertvolles geleistet. Dies Schwanzen von Vergötterung zur Verachtung — und von Verachtung zur Verachtung ist nicht sonderbar, denn die Zeiten ändern sich und damit gewinnt unser Verhältnis zu den Führern einer Epoche stets neue Gestalt. Wunderbar jedoch klingt es, wenn wir hören, daß Hegel der Staatsphilosoph altpreussischen Königtums war, daß ihn die bürgerlichen Freigeister der 40er Jahre als phrasendreschenden Idealisten verachteten, aber Männer wie Marx und Engels ihn als Urbater ihrer revolutionären geschichtsphilosophischen Gedanken priesen.

Zwei Seelen wohnten in Hegels Brust. Das allein vermag diese Entwicklung verständlich zu machen. Eine altpreussische, monarchisch-längstrenge Seele beherrschte sein Bewußtsein — und eine revolutionäre, vorausahnende schlummerte im Unterbewußtsein. Die erste bestimmte darum den Inhalt, die zweite die Art seines Denkens. — Beide zusammen schufen ein großes Werk und einen großen Widerspruch. Es mußte so kommen in Hegels Zeit — als das Neue noch unter Tag verborgen lag.

Hegel ist Idealist. Das Wahre, Wirkliche ist für ihn der Geist: „Die Vernunft“. Durch diese Gedankenrichtung hängt er mit der Tradition seiner Zeit zusammen, welche nach der Erschütterung der politischen Welt durch Kant Halt finden wollte im Zurückgehen auf antike und spätere Idealisten. In dem Satz: „Alles, was wirklich ist, ist vernünftig, und alles, was vernünftig ist — ist wirklich“ gewinnt dieser Idealismus greifbare Gestalt. Oberflächlich Erfaßten solcher Gedanken konnte, wie Engels betont, Hegel zum Philosophen des konserverativen Staates machen. Das Bestehende ist wirklich — also vernünftig. Jedes Mittel am Bestehenden — Unvernunft! Die Herren, welche Hegel auf das Karlsruher Berlin erhoben, damit er von da aus das philosophische Preußen regiere, merkten den Hinderfuß nicht, der in Hegels weiteren Gedanken steckte. Hegel hat ihn selbst nicht gefühlt. Es heißt nämlich an anderer Stelle — das Wirkliche ist das Notwendige — und das oft Dinge, Einrichtungen, Befehle, die nicht notwendig sind, so kann etwas bestehen, ohne wirklich zu sein. Heute sehen wir klar, daß Hegel mit dieser Ansicht zwangsläufig zur Auffassung der Weltgeschichte als eines Entwicklungsvorganges geführt werden mußte. Das heute notwendig, wirklich und vernünftig ist, ist es morgen unter veränderten Umständen nicht mehr. Die politischen, die gesellschaftlichen Wahrheiten sind relativ. Alles Absolute, schließlich Selbste wird aus der Geschichte verbannt. Ge-

schichte — Gesellschaft — Recht — Moral — Religion — sind „Werden“ — nicht „Sein“. In diesem Gedanken liegt Hegels revolutionäre Seele. Aber sie hat nicht Kraft, die andere Seite seines Wesens niederzuringen und alles so zu Ende zu denken, wie es eben geschah. Das konnten erst Männer, die freier waren: Feuerbach, Marx und Engels.

Die Tradition der philosophischen Schulen zwingt Hegel, zu einem abschließenden Ende zu kommen, ein System zu schaffen, das seiner Zeit gemäß ist. Unter solchem Zwang kann er wohl zugeben, daß alle Geschichte bisher Entwicklung war.

Aber diese Entwicklung muß Halt machen bei ihm und seiner Zeit. Hegel ist überzeugt davon, daß der Menscheng Geist in seiner — Hegels — Philosophie die endgültige Wahrheit erkannte. Dieses staunenswerte Selbstvertrauen gewinnt der Philosoph aus seinem eigenen Weltbild. Hegel ist, wie schon erwähnt, Idealist. Die Idee, die Vernunft, das Denken sind das „Wirkliche“. Welt und Natur sind Entfaltung dieser Idee, dieses Denkens. Die Entfaltung, die Entwicklung muß darum nach den Gesetzen des Denkens vor sich gehen, das heißt nach logischen Gesetzen. Sie vollzieht sich im Dreiklang: Satz, Gegenatz und Zusammenfassung beider. Und wie wir beim logischen Darstellen eines Problems nach allen einzelnen Schlussfolgerungen schließlich zu einem endgültigen Ergebnis kommen, so muß der logische Prozeß der Weltentwicklung zum endgültigen Abschluß gelangen. Und dieser Abschluß ist: Hegel und seine Zeit.

Sollte Hegel heute im Himmel leben, so wird er unterdes befehlen worden sein, daß der Abschluß seines Systems dessen Schwäche war und im Widerspruch stand zu dem Verfahren, das zu diesem Abschluß führte.

Zunächst erlitt die Philosophie des Idealismus, zu welcher ja auch Hegels System zählte, auf dem Gebiet der Naturwissenschaft jämmerlich Schiffbruch. Es war auch ein allzu schnelles Unterfangen der idealistischen Philosophen, namentlich Schellings und seiner Schüler, sich an den Schreibstift zu setzen, um durch rein logisches Denken die Naturgesetze zu ergreifen. So einfach ist das „Naturforschen“ nicht. — Die Natur richtet sich nicht nach unserem Denken, sondern umgekehrt, unser wissenschaftliches Denken nach der Natur. Das Versagen der idealistischen Philosophie in der Hand ihrer naturphilosophischen Schüler brachte den Idealismus überhaupt in Verfall und löste als Gegenatz zu ihm eine streng materialistisch gerichtete Epoche aus. Diese verachtete Hegel, und auch das Große in seiner Philosophie wäre untergegangen, wenn nicht Feuerbach und namentlich Marx und Engels die Hegelischen Gedanken von ihren Schläden gereinigt und zum Grundstein geschichtsphilosophischer Betrachtungen genommen hätten. Dieses Große aber war die Ueberzeugung, daß die Geschichte Entwicklung sei. Freilich nicht eine Entwicklung, deren Gesetze von einer abstrakten Idee vorge-schrieben werden, wie Hegel meinte, sondern eine Entwicklung, welche getrieben und gesteuert wird von der Gesamtheit dessen, was wir Natur, Kultur und Gesellschaft nennen. Von ihrer idealen Höhe ist die Hegelsche Geschichtsphilosophie durch die Marxische Verjüngung allerdings herabgestürzt. Doch wurde des Sturz zum Gewinn.

Was früher in luftigen Höhen unzugänglich schwebte, steht jetzt wurzelhaft auf dem Boden des Lebendigen. In dieser erdennahen Umgegebung hat die Geschichtsphilosophie allerdings auch ihren allzu süßen Stolz verloren. Sie glaubt nicht mehr, die Zeit der jetzt Lebenden sei die letzte — die höchste, sondern sie wendet das Verfahren, welches ihr die Vergangenheit erklärte, getrost auch auf die Gegenwart an und scheut nicht davor zurück, die Ziele der Gegenwart für relativ zu halten, bedingt durch die Umstände der Zeit. Damit aber werden die Gedanken, die wir letzten Endes auf Hegel zurückführen müssen, zum praktischen, lebendgestaltenden Werkzeug, und darum müssen wir dem Denker Dank wissen, der so vielfach geirrt und uns doch ein Großes geschenkt: die Auffassung der Geschichte als Entwicklungsprozeß.

Dr. Victor Engelhardt.

Die Zukunft des Stellingener Tierparks, Hagenbeds große Schöpfung, sein einzig bestehendes Tierpark ist durch den Krieg aufs äußerste in seiner Existenz bedroht worden. Das Aussehen der Zukunft und das Hungersterben der Tiere entdickerte ihn. Es starben 74 Löwen, 19 Tiger, 40 Bären, 19 Eisbären, 8 Leoparden, 19 Hirsche, 200 Affen, darunter 7 Schimpansen und 150 Babione, 14 Elefanten, 120 Fische, 28 Kamele, 10 Zebras, 17 Kängurus, 2 Nashörner, 65 Antilopen, 20 Schlachtwägen, 1000 Schildkröten, 63 Strauße, 50 Kraniche, 300 Schwimmtögel, 24 Krokodile, 50 Schlangen und sämtliche Robben. Trotzdem soll der Tierpark nicht, wie bereits gemeldet wurde, eingehen. Er ist nur vorübergehend geschlossen. Der fruchtbarste Gedanke, die Tiere im freien Naturmilieu zu halten und zu akklimatisieren, wird also sich weiter entwickeln können.

Drahtlose Verbindung mit Flugzeugen. Kürzlich wurde in London mit drahtloser Leitung von Aeroplanen ein Versuch gemacht. Ein Großflugzeug mit drahtlosem Telefon ausgerüstet, liegt auf mit einer Anzahl von Journalisten an Bord. Diese unterhielten sich, wie „Prometheus“ berichtet, mit ihren Zeitungen und Schreibleitern ohne Schwierigkeit. Mit Hilfe von Instrumenten zur Entfernungsmessung, die an drei verschiedenen Stellen aufgestellt waren, konnte dem Aeroplan seine genaue Stellung telephonisch mitgeteilt werden. Der Wert dieser Verbindung ist so gut wie unbegrenzt, da ein Flieger auf diesem Wege aufgeklärt werden kann, wo er sich aufhält und wie die Verhältnisse am Boden sich befinden, während er selbst zu hoch droben ist, um das selbst zu beobachten.

Theater. Am Freitag, den 27. August, geht im Deutschen Opernhaus in einer Neumitgliederung „Der Freischütz“ in Szene. — Ein Kasspiel russischer Schauspieler findet am 29. August, nachmittags, im Theater des Westens statt. Es wird „Das Mädchen aus dem Walle“ von Nicodem mit Tamara Duman, Lydia Potekina und Wajsin Bronski gegeben.

Hegelpresse. Der von der Philosophischen Gesellschaft zu Berlin ausgegebene Preis für die beste Arbeit über das Thema: „Hegels Weltanschauung und seine Wirkungen“ ist Prof. Paul Vogel zu Jena auf 1. August zuerkannt worden. — Die Hamburgische wissenschaftliche Stiftung hat 3000 M. für eine kritische Gesamtdarstellung der Philosophie Hegels ausgesetzt. Einreichung bis zum 1. Oktober 1922. Kämpfer durch die Hamburger Universität.

Marx und Hegel.

Von Karl Vorländer.

Gerade rechtzeitig zu Hegels Geburtstag läßt der berufene Vermittler zwischen der klassischen deutschen Philosophie und dem deutschen Sozialismus eine sehr instruktive Schrift über „Marx, Engels und Kautsky als Philosophen“ (im Verlag von R. D. W. Dieckhoff in Stuttgart, Preis 5 M.) erscheinen. Wir geben daraus das Kapitel über Marx und Hegel wieder.

Wie ist die sonderbare Tatsache zu erklären, daß Marx und Engels Revolutionäre und Begründer der internationalen Sozialdemokratie sich philosophisch gerade auf Hegel beriefen, diesen Verfechter alles Bestehenden in Staat und Kirche, der in der heiligsten Person des christlichen Monarchen die „lebendig gewordene Sittengesamtheit“ verkörpert sah, in dessen Rechtsphilosophie der verächtliche Satz zu lesen stand: „Was wirklich ist, das ist vernünftig“? Nun, nicht bloß beherrschte in dem Jahrzehnt, in dem Marx und Engels ihre ersten tieferegehenden geistigen Eindrücke empfingen, auch noch seines Urahers Todes der Hegelianismus durchaus noch die Zeit. Selbst die Gegner waren „von der Hegelerei angesteckt“ (Engels). Sondern, was wichtiger ist, diese Hegelische Philosophie besaß, neben ihrer spekulativen Verlogenheit, eine sehr revolutionäre Seite: ihre dialektische Methode.

Echelt man aus ihrer spekulativ-ideologischen Hülle den nüchternen Kern heraus, so besaß sie im Grunde nichts anderes als: Alles Menschliche ist einer fortwährenden Entwicklung unterworfen. Überall steht neben dem „Sein“ der Gegenwart ein „Nicht-mehr-sein“ der Vergangenheit, ein „Noch-nicht-sein“ der Zukunft. Jede Stufe der geschichtlichen Entwicklung war einmal „vernünftig“, das heißt für ihre Zeit berechtigt, und „wirklich“, das ist aus den Bedingungen ihres Ursprunges notwendig entstanden; insofern hat sogar jener Satz von der „Vernünftigkeit“ alles Wirklichen seinen berechtigten Sinn. Jede dieser Stufen mußte einmal durchgemacht werden, bis zur Einseitigkeit sich ausleben. Allein je stärker die Einseitigkeit war, desto sicherer und rascher hürzte sie auch zusammen, schlug sie in ihr Gegenteil um, und aus dem Gegenjah heider entsprang dann eine neue, höhere Einheit, die sich dann wieder entzweit usw., so daß sich daselbe Spiel von These — Antithese — Synthese bis ins Unendliche wiederholt. Und Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts ist diese ure Idee des ewigen Werdens, insbesondere der Gedanke der Entwicklung vom Niederen zum Höheren durch die Erfahrungspunkte Spencers, die Naturforschung Darwins so in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir gar nicht mehr von ihm los können. Allerdings tritt die Entwicklung bei diesen vorzugsweise naturwissenschaftlichen englischen Denkern fast ausschließlich als eine langsame, allmähliche, kaum merkbare, kurzum als „Evolution“ auf, während bei dem vorzugsweise historischen Denker Hegel die gewaltsamen Umwälzungen („Revolutionen“) einen größeren Spielraum besitzen. Was gewiß auf das Denken von Marx und Engels nicht ohne Einfluß gewesen ist.

So war nach Engels Zeugnis von 1850 Hegels epochemachende Auffassung der Geschichte die direkte theoretische Voraussetzung der neuen materialistischen Anschauung, und schon hierdurch ergab sich ein Anknüpfungspunkt auch für die logische Methode der neuen Arbeit. Freilich erforderte sie eine durchgreifende Kritik, und diese Kritik war keine Kleinigkeit. In der Tat war Marx nach seiner ganzen bisherigen Entwicklung „der einzige, der sich der Arbeit unterziehen konnte, aus der Hegelschen Logik den Kern herauszuschälen, der Hegels wirkliche Entdeckungen auf diesem Gebiet umfaßt und die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen, in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird“.

Es fragte sich nun, ob die neue „Kritik der politischen Ökonomie“ — und was für sie gilt, gilt zugleich auch für das Hauptwerk, das „Kapital“ — „selbst nach gewonnener (d. h. dialektischer) Methode“ eine historische oder logische Anlage erhalten solle. Marx selbst hatte sich in seiner später fortgeschrittenen „Einführung“ bereits für die zweite, die logische Behandlungswiese entschieden. In Übereinstimmung damit hält auch Engels im „Vor“ diesen Weg für den allein gebotenen, zumal da zu der Vor-

ausführung einer Geschichte der Ökonomie, das heißt einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, noch alle Vorarbeiten fehlen. Uebrigens stellt das logische Verfahren in seinem weiteren Fortgang doch nur „ein Spiegelbild des historischen Verlaufs“, bloß „in abstrakter und theoretisch-konsequenter Form“ dar, korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche Verlauf selber an die Hand gibt.

Marx' berühmtes, 1867 in erster, 1873 in zweiter Auflage erschienenen nationalökonomisches Hauptwerk ist im Grunde nur die, durch Krankheit und andere äußere Umstände um acht Jahre hinausgeschobene, Fortsetzung der „Kritik“. Es gilt daher von ihm dasselbe, was wir von deren philosophischem und methodischem Standpunkt ausgeführt haben. Und es wären somit nur die

Außerordentl. Bezirkstag für Groß-Berlin

am Sonntag, den 12. September, vorm. 9 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 110.

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zum Parteitag und zur Frauenkonferenz. Referenten: Friedrich Schlegel und Minna Todenhagen.
2. Wahl der Delegierten.
3. Bericht vom Internationalen Kongress in Genf. Referent: Eduard Bernstein.

Die Parteigenossen werden ersucht, in den Mitglieder-versammlungen der Abteilungen, die spätestens bis zum 8. September abgehalten werden müssen, zur Tagesordnung des Parteitages Stellung zu nehmen. Anträge sowie Vorschläge für die Delegierten zum Parteitag sind bis zum 10. September dem Bezirksvorstand einzureichen. Später eingehende Anträge und Vorschläge können in den gedruckten Vorlagen nicht mehr berücksichtigt werden. Für die Vertretung der Abteilungen auf dem Bezirkstag gelten die Bestimmungen des neuen Organisationsstatuts; dabei verweisen wir auf das den Abteilungsvorsitzenden zugesandte Rundschreiben.

Der Bezirksvorstand.

freilich sehr bedeutsamen Sache hinzuzufügen, in denen Marx selbst sich über die philosophische Seite seiner Methode ausdrückt.

Es geschieht dies vor allem in dem Nachwort zur zweiten Auflage, indem er seinen Gegensatz zu sowie seine Hochachtung für Hegel systematisch und historisch präzisiert. Zunächst das erstere: „Keine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demürg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideale nichts anderes als das im Menschenkopfe umgesetzte und übersehte Materielle. Und nach diesen etwas dunklen Worten — denn gerade auf Wert und nähere Bestimmung dieser „Umkehrung“ und „Übersehung“ kommt es der Philosophie an — folgt ein geschichtlicher Rückblick auf seine bisherige Stellung zu Hegel: „Die mystifizierende Seite der Hegelschen Dialektik habe ich vor beinahe dreißig Jahren“ — also um 1844 — „zu einer Zeit kritisiert, wo sie noch Tagesmode war.“ Dann ein Streiflicht auf die spätere zeitgenössische Philosophie: „Gerade als ich den ersten Band des „Kapital“ ausarbeitete, gefiel sich das bedrückliche, anmaßliche und mittel-mäßige Epigonentum, welches jetzt im gebildeten Deutschland das große Wort führt, darin, Hegel zu bejahren, wie der brave Rosas Mendelssohn zu Lessings Zeit den Spinoza behandelt hat, nämlich als „toten Hund“.

Gegen solche Behandlung lehnte sich die allezeit trotzigere Art unseres Revolutionärs auf, die stets für die nach seiner Ansicht Unterdrückten auftrat. Gerechtigkeitsgefühl, Pietät und sachlicher Gegensatz bereiteten ihm, sich des Geringschätzten anzunehmen. „Ich bekannte mich daher offen als Schüler jenes großen Denkers und soletzte er sogar hier und da im Kapitel über die Werttheorie mit der ihm eigentümlichen Ausdrucksweise.“ Denn,

so verteidigt er den einstigen Lehrer, „die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen untergeht, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat“. Indessen „steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie um 180° drehen, um den rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken.“

Groß-Berlin

Brickett oder Torf.

Ökonomische Ofenheizung.

Vom Zentralverband der Köpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Berlin wird uns folgende sachmännliche Darstellung über die heute im wahren Sinne des Wortes „brennende“ Frage der Ofenheizung gegeben:

Holz, Torf, Braum- und Steinkohle bilden Flammen. In diesen verbrennen die Gase, die durch die Feuerraumtemperatur aus den Brennstoffen ausgetrieben werden. Diese Gase stellen einen großen Teil des gesamten Heizwertes dar und es muß vom volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Standpunkte eine möglichst vollkommene Verbrennung derselben erstrebt werden. Sie dürfen vor allen Dingen einer genügenden Luftmenge zur Verbrennung. Kann diese nicht zugeführt werden, weil der Ofen keine Kostfeuerung hat oder die Kofspalten mit Asche überdeckt sind oder weil durch den Schenraum keine Luft zutreten kann, da er mit Asche vollgelagert ist oder genügt sie nicht, weil der Brennstoff zu gasreich ist und mit einem Male zu viel Gase ausgetrieben werden, so ziehen die Gase teils unsichtbar, teils rauch- und rußbildend durch den Schornstein ins Freie ab. Daraus leitet sich die Grundregel der wirtschaftlichen Heizung ab: Sorge für die nötige Luftzufuhr!

Die meisten in Berlin üblichen Ofenkonstruktionen besitzen keine Kostfeuerung. Solange man damit rechnen konnte, daß man Bricketts in genügender Anzahl erhielt, konnte man eine derartige Konstruktion aufheizen. Es ist aber heute eine allgemeine Pflicht und ebenso liegt es im eigenen Interesse eines jeden Brennstoffverbraucher, Brennstoff zu sparen. Jahrelange Versuche der „heute“ technischen Landeskommission für das Ofenheizergewerbe zu Berlin haben zur Genüge bewiesen, daß ein jedes Brennmaterial auf einem dementsprechend angepassten Kost wirtschaftlich besser ausgenutzt werden kann, wie dies bisher bei Ofen ohne Kofte geschehen ist. Voraussetzung jedoch ist, daß der Kost dem Brennmaterial angepaßt ist und in entsprechender Größe und Konstruktion vom Ofenheizer eingebaut wird. Ist der Kost zu groß, d. h. wenn der Kost nicht ganz mit Brennstoff bedeckt ist, wird die Temperatur im Feuerraum zu niedrig, weil zu viel Luft durch die Spalten eintritt; auch geht viel Wärme durch den Schornstein verloren. Zu große Kofte können zu häufigem Verlegen der Feuerungsanlage führen. Wird jedoch der Kost zu klein gewählt, so kann nicht genügend Luft zur Verbrennung dem Brennmaterial zugeführt werden und gehen viel Gase unverbrennt nach dem Schornstein. Ist man auch bisher ohne Kostfeuerung in den gebräuchlichen Berliner Kachelöfen ausgekommen, so wird man jetzt doppelt mit der Frage zu rechnen haben, da dem Hausbrand nicht mehr genügende Mengen von den sonst üblichen Braunkohlen-Bricketts zur Verfügung gestellt werden, sondern sich mit minderwertigen Brennstoffen, wie Torf, Kohraunkohle usw. behelfen muß.

Da dieses Feuerungsmaterial aber ohne Kost nur unvollkommen verbrennt, so ist es jetzt an der Zeit, die Kachelöfen mit einer Kostfeuerung vom Ofenheizer versehen zu lassen, damit nicht mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit der Brennstoffverbraucher auf Schwierigkeiten bei der Feuerung des jetzt kommenden Brennmaterials stößt. Bei der Umstellung handelt es sich aber nicht nur um diese Brennstoffwirtschaftliche Frage, sondern ein wichtiges soziales Moment tritt hier in den Vordergrund, indem dem einzelnen Verbraucher gezeigt werden muß, wie er mit der zugewiesenen und zum Teil minderwertigen Brennstoffmenge auskommen bzw. aus ihr den größtmöglichen Nutzen ziehen kann.

Das Wichtigste ist hier also: Die Sicherstellung der einfachsten Lebensbedürfnisse, d. h. ein warmes Essen, eine warme Stube,

was der rote Beril damals auf dem Markt zu Geizen von ihm wollte.

Der rote Beril erfüllte seinen Wunsch und erzählte ihm die Geschichte, die wir wörtlich nachstehend wiedergeben.

Eine Dummheit vergift man nicht.

„Rehmt es mir nicht übel, eine Dummheit vergift man nicht“, so begann Beril in seiner gewohnten, lebhaften Weise zu erzählen. „Ich pflegte damals den Jahrmorkt in Geizen nicht zu besuchen; meine Dänen grasten damals noch auf der Weide, und meine Schiffe schwammen noch weit draußen auf dem Meer. . . Ihr müchtet nun wissen, was ich in Geizen auf dem Markt suchte? . . . Nun, ich kam, einen Bräutigam für meine Tochter, ich meine die Älteste aus erster Ehe, zu besuchen. Ich tat es nach reifer Überlegung, versteht Ihr. Sie war das erste Kind, eine Waife, zwar noch sehr jung, aber die Stiefmutter hatte es sich in den Kopf gesetzt, daß ich sie verheiraten muß. Man muß sich zwar fragen: „Was hat sie davon, wenn ich das junge Kind verheirate? Wer wird ihr helfen, kochen und baden und die kleinen Kinder warten? Wen wird sie von nun an schelten und an den Höfen zerrn?! Aber rode einer mit einer Frau! Kurz und gut, es blieb dabei — verheiraten. Aber es ist leicht gesagt; verheiraten! Doch wie? Mit den fünf Fingern? In unsem Stand muß man doch wenigstens ein paar Kleider mitgeben! Es sagt sich so leicht, ein Mädchen auszustatten, aber zu einer Ausstattungs gehören doch ein paar Kleidchen, ein paar Schuhe, Strümpfe, mindestens ein halbes Dutzend Hemden und selbstverständlich Bettzeug, wenigstens ein paar Kissen, ein Federbett und auch eine Steppdecke. Und wie gibt man nicht mindestens einen Hundertmarkschein als Mitgift mit? Aber in meinem Besitz waren nicht einmal hundert Markovken. . . Wie zum Trost plachte mich Mojische Aron, der Herrbotsvermittler, — versucht sei er! — mit Briefen. Ein Brief kam nach dem andern. Er schrieb mir, daß es in Geizen ein Kleinkind, einen seltenen Meriken gebe, wie man sich nur einmal bei Gott und ein anderes Mal bei dem Tischler Panfel finden kann. Der Jüngling war von niederm Stand, aber selten geschick im Lernen, Schreiben und Geigenspiel. Alle Welt war von ihm entzückt. Ich schrieb Mojische Aron, daß ich erstens noch nicht entschlossen sei, meine Tochter zu verloben, zweitens müße ich

Mit der Etappe.

Von Scholem Alechem.

Der Teplitzer Millionär Reb Scholem Beer aus Teplitz rückte von seinem Platz fort und machte eine Bewegung mit der Hand, als ob er sagen wollte: „So wie Ihr es erzählt, hat es sich nicht zugetragen! Aber bei sich erinnerte er sich, daß alles genau stimmte. Sein Vater pflegte ihm stets zu sagen, daß er etwas anderes war als die übrigen Jungen. . .

„Rehmt es mir nicht übel, Reb Scholem Beer, Dummheiten vergift man nicht. . . Zu meiner ersten Hochzeit — Ihr habt Euch früher verheiratet als ich — schickte ich Euch eine Hochzeitseinladung, aber Ihr habt mir nicht einmal geantwortet.“

„Wahrhaftig, ich erinnere mich nicht. . .“

„Wie könnt Ihr Euch auch erinnern? Auch das erdet Ihr nicht mehr wissen, daß, als ich zum erstenmal — es sei nicht daran gedacht — Witwer wurde, ich meinen Vater Josef zu Euch schickte — der Großvater war damals schon tot; — er sollte Euch sagen, daß ich mit zwei kleinen Kindern ganz hilflos, wie auf dem Wasser, zurückgelassen sei. . . Da antwortet Ihr ihm, daß Ihr ein junger Mensch seid, der sich nicht in fremde Angelegenheiten mischt.“

„So habe ich geantwortet? Ueberlegt nur, ob Euer Vater Josef Euch, mit Verlaub zu sagen, keine Lüge erzählt hat. . .“

„Es mag sein, daß Ihr recht habt. . . Das weiß ich aber, daß Ihr mir damals, weder das erste noch das zweite Mal, geholfen habt, als ich — es sei nicht daran gedacht — erkrankte und wie ein neugeborenes Kind zurückgelassen war. Später begegneten wir uns einmal in Geizen im Gasthaus — erinnert Ihr Euch? — Es war während des Jahrmorkts, Ihr kamt hin, wenn ich nicht irre, um ein paar Pferde oder auch ein paar Stück Vieh zu kaufen, vielleicht auch, um Korn zu verkaufen.“

Der Reiche rieb sich die Stirn, als wollte er sich erinnern, aber er tat, als ob sein Gedächtnis verlogte; es war ihm ein Rätsel, daß er all die Dinge vergessen hatte, während der andere sich so genau jeder Kleinigkeit erinnerte. Es war ihm gar nicht recht, daß der rote Beril, mit dem es ihm in Teplitz nicht gepöbt hätte, auch nur zwei Worte zu

wecheln, sich jetzt anmachte, ihm seine alten Fehler vorzuhalten und ihn an alte Sünden zu erinnern. Das alles paßte ihm durchaus nicht, und er hätte gern angefangen, von etwas anderem zu reden.

Doch im selben Augenblick kam Genick leuchtend und atemlos mit einer Flasche Schnaps aus Gronow an; er war so sehr getrunken, aus lauter Angst, daß ihm jemand nachkommen und den Schnaps aus der Hand reißen könnte.

Alle drei Verbrecher setzten sich nun zur Mahlzeit nieder. Sie nahmen zuerst einen Schluck Schnaps, von dem sie auch dem Führer ein paar Gläschen anbaten; dieser ließ sich nicht lange bitten, aber nach dem ersten Glas schmitt er eine Grimasse, wälzte sich seinen dichten Schnurrbart und trank einen Schluck aus Gronow aus, wo es solchen starken Schnaps gab.

„Ein starken Branntwein, zum Teufel noch einmal!“ rief Lawrij und machte eine Bewegung mit der Hand, als wollte er ein Gesicht ablegen, daß er nie mehr einen Tropfen in den Mund nehmen würde. Als man aber die Flasche verzeht hatte und die Ente vornahm und ihm dabei wieder ein Gläschen Schnaps anbot, setzte man es, wenn auch mit etwas Mühe, durch, daß er das Glas bis auf den Boden leerte, und man goß ihm darauf noch ein zweites ein.

Nachdem die Gesellschaft den Hunger gestillt hatte, setzte sie sich ein wenig in den Schatten des Birnbaums, aber nicht, um zu schlummern, Gott behüte, sondern, um in den blauen Himmel zu schauen und zu sehen, wie kleine Wolken heranzogen, sich teilen und wie Rauch zerrannen, gleich einer Raubvögel, die in Form von zwei sich kreuzenden Linien in den Lüften kreuzte, unaußhaltbar zu schweben schien und doch an einer Stelle stand.

Das Antlitz nach oben gehend, in den Himmel schauend — das war wohl nach einem guten Essen die rechte Gelegenheit, um einzuschlafen. Der erste, der es bewies, war der Führer, der sehr bald ein furchtbares Schnarchen ertönen ließ, das sich wie Pferdewieher anhörte; gleich darauf drang ein gleicher Laut aus Genicks Nase, die auch nicht schlecht arbeitete, obgleich er jeden Augenblick aus dem Schlaf fuhr und stammelte:

„Bin müde, sehr müde, bin hier gute Verst gelounen. . . Hatte immer Angst, daß, Gott behüte, jemand nachkommen und mich packen könnte. . . Ich meine. . . der „Priitaw“. . .“

Nur der Millionär Scholem Beer Teplitzer aus Teplitz schlief nicht. Er interessierte ihn außerordentlich, zu erfahren,

Heute ist aber der Mieter und in vielen Fällen auch der Hausbesitzer nicht in der Lage, derartige Umänderungen in den Kachelöfen ausführen zu lassen und es ist Pflicht des Staates, im sozialen wie volkswirtschaftlichen Sinne Mittel hierfür bereitzustellen.

Riesenschlebung mit Heilserum.

Gefährliche Ausfuhrerlaubnisheine.

Im Laufe der letzten Woche ist es der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin gelungen, einem umfangreichen Schleichhandel mit Heilserum auf die Spur zu kommen und bößig aufzuklären. Auf dem Anhalter Güterbahnhof traf in den letzten Tagen der vorigen Woche ein Waggon mit Diphtherie-Heilserum ein, das ordnungsgemäß von den Vorkriegs-Werken in Marburg (Hahn) an einen Kaufmann Tobolsky in Berlin-Schöneberg abgehandelt worden war.

Wegen der Größe des Postens, der an einen Privatmann gerichtet war, schöpften die Ueberwachungsbeamten Verdacht, konnten aber die Entladung des Serums nicht verhindern, weil L. eine Handelserlaubnis, die Rechnung über die Sendung und den Duplikatfrachtbrief vorlegen konnte und somit darbot, daß er der Empfangsberechtigte der Sendung war. Zwei Tage später verließ L. auf dem gleichen Bahnhof einen Waggon mit 20 Kisten Chemikalien, die nach Stettin zur Ausfuhr nach Schweden bestimmt waren. Auch diese Sendung erweckte den Argwohn der Ueberwachungsbeamten, trotzdem scheinbar alles in bester Ordnung war. Da die vollständige Abfertigung schon erledigt war, mußten sich die Ueberwachungsbeamten mit einer Prüfung der Papiere begnügen, die dann das überraschende Ergebnis hatte, daß die beigebrachte Ausfuhrerlaubnis für die „Chemikalien“ gefälscht war. Inzwischen war aber der Waggon bereits nach Stettin abgefertigt worden, konnte dann aber auf Veranlassung der Ueberwachungsabteilung noch auf einem der nördlichen Vorortbahnhöfe festgehalten werden.

Der sofort benachrichtigte Reichsbeauftragte für die Ein- und Ausfuhrüberwachung beschlagnahmte zunächst die Sendung, L., der hiervon Kenntnis erhalten hatte, versuchte nunmehr, wieder in den Besitz der Waren zu gelangen und wollte sie auf diesem Vorortgüterbahnhof entladen lassen. Dies mißlang ihm aber und der Reichskommissar sprach nunmehr den Verfall der Sendung aus und ordnete an, daß sie auf Reichslager genommen werden sollte. Bei der Entladung der Waren zeigte sich, daß die erst vor wenigen Tagen in Berlin eingetroffene Sendung Heilserum im Werte von fast einer halben Million Mark als Chemikalien nach Schweden ausgeführt werden sollte, ohne daß der hohe Wert der Sendung berücksichtigt wurde. Voraussetzlich wird die Geschichte außer für Tobolsky wegen unerlaubter Ausfuhr noch ein Nachspiel für den Zollbeamten haben, der die Sendung auf dem Anhalter Bahnhof vollständig abgefertigt hat.

Raubmord an einer Berliner in Melchow.

Die Unsicherheit auf den Landstraßen in der näheren und auch weiteren Umgebung Berlins wird immer größer. Erst kürzlich ist, wie wir berichteten, ein Berliner Dienstmädchen, das seine Eltern in Pochow in der Mark aufsuchen wollte, auf dem Wege von Groß-Wehritz dorthin überfallen, ermordet und beraubt worden. Ein ähnliches Kapitalverbrechen ist jetzt, wie uns aus Grünthal in der Mark berichtet wird, dort auf der Landstraße nach Malchow verübt worden.

Die 33 Jahre alte Sekretärin Martha Simirin, die bei ihrer verheirateten Schwester in der Berliner Allee 85 zu Berlin-Weihensee wohnte, fuhr am vergangenen Sonnabend nach Burenschlag vom Stettiner Bahnhof nach Grünthal, um ihre in Melchow wohnende Mutter zu besuchen. Von Grünthal aus hatte sie nach einer 1 1/2 stündigen Fahrt zurückgekehrt. Als sie Anfang der Woche nicht wieder nach Weihensee zurückkehrte, erkundigte sich die Schwester bei der Mutter nach ihr. Jetzt erfährt sie zu ihrer Ueberzeugung, daß die Schwester gar nicht bei der Mutter gewesen war. Nachfragen ergaben jedoch, daß sie nach Grünthal gefahren und sich von dort aus auch auf den Weg zur Mutter gemacht hatte. Es unterlag also keinem Zweifel, daß sie unterwegs einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein mußte. Die benachrichtigte Ortspolizei suchte daraufhin die Gegend ab und fand schließlich in einem Walde, abseits der Landstraße, die arg zugerichtete Leiche des Mädchens. Die Leiche war ihm durchgeschnitten und an der rechten Wange hatte es eine blutige Wunde. Die Handtasche mit ihrem ganzen Inhalt, ein Brillenträger und ein goldenes Uhrband waren der Ermordeten von dem Täter geraubt worden. Von diesem fehlt noch jede Spur.

Die Berliner Kriminalpolizei ist auf Benachrichtigung der Ortspolizei von dem zuständigen Gericht ebenfalls mit der Aufklärung dieses neuen Kapitalverbrechens betraut.

Achtung! S. P. D. Metallarbeiter!

Heute, nachmittags 5 Uhr, findet bei Altem, Hasenheide 13/14, eine Versammlung der S. P. D. Metallarbeiter statt.

Tagesordnung:

„Die Eisenerne Internationale“. Bericht vom Internationalen Kongress der Metallarbeiter in Kopenhagen. Referent: Kollege Kummer.

Die Sabotage der Weisklässe des Hauptverbandes und Beirates in der Betriebsrätefrage durch die Berliner Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und Partei legitimiert.

Betriebsräte-Sekretariat, In den Zelten 23.

Die Notlage der städtischen höheren Schulen

Infolge des gegenwärtigen Finanzelends wird durch eine Eingabe grell beleuchtet, die der Vorstand des Preussischen Städte-tages an die Minister des Innern, der Finanzen und des Unterrichts gerichtet hat. Es heißt darin: Die unabsehbaren Schwierigkeiten der Finanzlage und die gewaltig gestiegenen Ausgaben für das öffentliche Schulwesen, namentlich für die Besoldung der Lehrkräfte, lassen schon jetzt klar erkennen, daß es den Städten auf die Dauer nicht möglich sein wird, ihre höheren und mittleren Lehraufstellungen sowie die Fach- und Fortbildungsschulen in der bisherigen Weise aus eigener Kraft weiterzuführen. Die Frage der Kostendeckung auf diesen für unsere Kultur entscheidend wichtigen Gebieten bedarf dringend der Lösung, wenn nicht das gesamte Gebäude unseres Bildungswesens in die Gefahr geraten soll, in Kürze zusammenzubrechen. Der Staat wird in weitem Umfange hier beistehen einbringen müssen und wird dabei auch auf eine gewisse Beteiligung des Reiches rechnen können. Indem sich der Vorstand des Preussischen Städte-tages Anträge im einzelnen vorbehaltlich, richtet er schon jetzt an die zuständigen Stellen die dringende Bitte: wirksame Maßnahmen zur Stützung des höheren, mittleren und Berufsschulwesens der Städte in baldige Erwägung zu ziehen und dem Städte-tage rechtzeitig Gelegenheit zu geben, diese Maßnahmen zu erörtern.

Reichswehr als Schieberzucht?

Wir veröffentlichen vor einigen Wochen unter dieser Ueberschrift auf Grund von Augenzeugenberichten eine Darstellung, die sich in dem Vorwurf gegen den Schlächtermeister Fritz Jentsch, Kottbuser Damm 85, verdichtete, daß er im Verein mit seinem Schwager, dem Unteroffizier Kurt vom Reichswehr-Regt. 29, Lebensmittelhebungen vorgenommen habe. Das Reichswehrministerium hatte in dieser Angelegenheit Untersuchungen angestellt und becheinigt jetzt, daß diese Untersuchungen ergeben haben, daß keine Lebensmittelhebungen von dem Schlächtermeister Jentsch und dem Unteroffizier Kurt vorgenommen worden sind. Unteroffizier Kurt hatte lediglich in dem Wagen, in dem er den Proviant für seinen Truppendienst abgeholt hat, die bei seinem Schwager stehenden Möbel verladen. Auch das Berliner Polizeipräsidium (Abt. W) stellt fest, daß die angeklagten Ermittlungen keine Verdachtsmomente, die sich auf eine Lebensmittelhebelung beziehen könnten, ergeben haben.

Wir hatten es für unsere Pflicht, diese Feststellungen vorbehaltlos hier weiterzugeben.

Ein Heeresguttschwindler, der in ganz Deutschland aufgetreten ist und auch in Berlin seine Opfer gefunden hat, ist jetzt unschädlich gemacht worden. Ein 29 Jahre alter aus Kamen in Westfalen gebürtiger Kaufmann Ernst Aronheim suchte Teilhaber, um Rognal, Stoffe usw. aus Heeresbeständen einzukaufen zu können. Hatte er jemand gefunden, der auf das Geschäft eingehen wollte, so traf er sich mit einem angeblichen Leutnant Köhler, einem Spiegelspieler, der den Vertrieb des Heeresgutes besorge. Die dem Köhler an die Hand gegeben Summe aus und sein Teilhaber zahlte, dadurch sicher gemacht, dem „Offizier“ auch seinen Anteil. Dieser Übergang den beiden (jodam ein mit falschen Stempeln verlebene Bescheinigung und beide Gauner verhielten sich mit dem erbeuteten Gelde, um anderwärts denselben Schwindel in Szene zu setzen. Der Berliner Kriminalpolizei, die ebenfalls auf die Gauner sauhndete, sind nicht weniger als 15 Verträge von dem Gaunerverbänden zur Kenntnis gelangt. Jetzt ist es gelungen, Aronheim, der sich gewöhnlich Alsborg zu nennen pflegte, in Bunsiedel festzunehmen.

Gefohlener Fuhrwerk. In der vergangenen Woche sind Weinbergweg 2 Pferde, beides Wallache, 1 Kappe, ganz schwarz, ohne Abzeichen, 1 Dunkelbrauner, am rechten Hinterfuß weiß gefleckt, langhändig und in gutem Futterzustande mit drausgestrichenem Kollennagen mit Klappe und auf beiden Seiten mit Jirna Paul Würtner, Köhlerhandlung, Albrechtstraße 10, gefohlen worden. Verohrung wird zugesichert. Gehehen wurde das Fuhrwerk zuletzt gegen Grünthal und Welesener Straße.

Bezirksbildungsausschuh. Am Sonntag, den 5. September, beginnt die diesjährige Spielzeit im Bernhard-Rose-Theater, Große Frankfurter Straße 132. Zur Aufklärung gelangt, Verlußtmeister Kler von Starosten. Eintrittskarten zum Preise von 300 M. einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel sind in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, und Dorich (Zigarrenladen), Engelauer 15, zu haben.

Die Einstein-Hetz.

(In der Philharmonie zu singen.)

Chor der farbentragenden Studenten:

Hep-hep, tut-tut,
Der Einstein ist ein Jud!
Runter vom Katheder,
Schachere mit Leder!
Hep-hep, tut-tut,
Jud, Jud!

Erster Hetsprofessor:

Germanen, uns wagt man zu beten
Die Theorien des Semiten.
Da macht sich so ein Maulschel breit
Und läßt die Zeit im Raum verschwinden.
Verleugnung ist's der „großen Zeit“.
Ihm fehlt das Nationalempfinden.

Chor der farbentragenden Studenten:

Scharrt mit den Sohlen,
Wenn er doziert.
Auf Säbel, Pistolen,
Ankontrahiert!
Satisfaktion
geb' uns der Cohn!

Zweiter Hetsprofessor:

Fort mit der Judenrepublik!
Wir fordern Nationalphysik.
Auch die Mathematik verlangen
Wir nach den völkischen Belangen
Sel's Integral differenzial,
In erster Linie national!

Chor der farbentragenden Studenten:

Los von der billigen
Studierwut!
Zeitfreiwilligen
Tut Bier gut.
Schießt Proletarier!
Das ziemt dem Arier.

Dritter Hetsprofessor:

Ich bin zu widerlegen ihn nicht fähig,
Auch las ich ihn noch nicht, gesteh' ich.
Doch weiß ich, was man solchen Falles macht:
Ich schnüffle aus, wo er verbringt die Nacht.

Bildungsausschuh Weihensee. Die Besichtigung des Botanischen Gartens in Dahlem findet für die angemeldeten Teilnehmer am Sonntag, den 29. August, vormittags 10 Uhr, statt. Fahrverbindung mit der Straßenbahn Linie 59 vom Antonplatz um 9 1/2 Uhr. Treffpunkt in Steglitz an der Haltestelle „Unter den Eichen“ um 9 1/2 Uhr. Pünktlich erscheinen!

Städtischer Brennholzverkauf von Kesseln. Auf dem städtischen Holzplatz am Kesseler Oberlauf (Eingang Könnische Allee) verkauft die Stadt zurzeit wieder größere Mengen an oienfertigerem und geknütteltem Brennholz. Die Preise für 1/4 Raummeter belaufen sich auf 28 bzw. 25 M. In besonders dringenden Fällen kann freie Hauslieferung vermittelt werden. Für den Verkauf ist der Holzplatz täglich außer Montags von 9-1 Uhr geöffnet. Ferner kommt guter Preßtorf zur Sredung der Preteris zum Verkauf. Derselbe kostet ab Lager (chem. Schuppen der Bumba) am Anichlug-aleis Gortschall u. Richardis 15,50 M. per Gentner. Zur Vermeidung späteren unnützen Antrages wird darauf hingewiesen, mit dem Einlaufe des Torfes schon jetzt zu beginnen.

Treptow-Baumshulenweg. Die Gemeinde beabsichtigt, für alle Kriegerwaisen, für die eine Kriegspatenschaft nicht besteht, aus einem gesammelten Fonds einen Beitrag zur Einleitung bei der Schulenfassung herbeizuführen. Zu diesem Zweck werden die Mütter und Vormünder solcher Waisen gebeten, deren Namen, Geburtsdatum, Adresse und Katasternummer schriftlich der Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene, Rathaus Berlin-Treptow, mitzuteilen.

Groß-Berliner Parteinachriften.

Heute, 27. August:

Jungsozialistische Vereinigung. 8 Aben. Genosse Felgen-treu. Thema: Arbeiterrecht. 7 1/2 Uhr, Jugendheim. — Ortsgruppe Pankow. 7 1/2 Uhr: Diskussionsabend im Jugendheim, Wilmstr. 14a. — Ortsgruppe 7. 7 1/2 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3: Vortrag.

Pankow. 7 Uhr: Vorstandssitzung; 8 Uhr: Sämtliche Vertrauensleute und Parteifunktionäre, bei Engel, Wilmstr. 45.

Morgen, 28. August:

25. Abt. Sonnabend, den 28. August, wichtige Funktionärskonferenz bei Hölzer, Gollnowstr. 13. Sämtliche Bezirksleiter müssen erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Nachmittags 5 Uhr: Sitzung im Zimmer 245 des Stadthauses, Klosterstraße. Bildungsfeldische Pläne der Städtischen Schulverwaltung. Genosse Schröder.

Charlottenburg. Reichsausschuß wird erteilt jeden Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr, im Sekretariat, Rosenstr. 4, p. l.

Schöneberg. Sommerfest des Badvereins nachmittags im Wintersbadbühnen an der Arminienkante. Kaffeeliche, Spiele im Walde, Tanz, kein Eintrittsgeld. Fahren bis Bahnhof Zehlendorf-West, dann Lessingstraße und Klopffeldstraße.

Sport.

Rennen zu Karlshorst, Donnerstag, 26. Aug. 1. Linden-Ragbrennen. Ehrenpreis dem führenden Reiter und 16 000 M. 3400 Meter. 1. Gebhard (v. Belzer), 2. Tantalus (v. Keller), 3. Sonnenburg (Junkl). Tot: Sieg 14:10. — 2. Ermunterungs-Ragdbrennen der Stuten. 16 000 M. 2800 Meter. 1. Olympia (Walt Müller), 2. Radiola (Wurt), 3. Larissa (Weidich). Tot: Sieg 14:10. — 3. Deutsches Hürdenrennen 30 000 M. 3000 Meter. 1. Galadron (v. Leichmann), 2. Edwain (Weidich), 3. Lancelot (Scholz), 4. Zauberschloß (Walt Müller). Ferner liefen: Sula, Lucifer, Mohammed, Primmar. Tot: Sieg 47:10. Bl. 13, 11, 14. — 4. Preis von Rönchsdorf. 21 000 M. 3200 Meter. 1. Taffel (Autulski), 2. Dolbe (Edler), 3. Wimbbaum (Wismard), 4. Irene (Stelau). Tot: Sieg 22:10. Bl. 15, 23. — 5. Herules-Ragdbrennen. Ehrenpreis dem Sieger des Sieges und 48 000 M. 4500 Meter. 1. Artillerie (v. Leichmann), 2. Quindig (Streit), 3. Dnig (Buchholz), 4. Eichen (v. Keller), 5. Wilas (Weidich). 6. Jaskala (Dnig). Tot: Sieg 34:10. Bl. 17, 16. — 6. Sommerpreis. 30 000 M. 2800 Meter. 1. Heibert (Thales), 2. Hindoo (Wurt), 3. Pollad (Adellen), 4. Heiderole (Wald). Tot: Sieg 27:10. Bl. 11, 11. — 7. Karlshorster Ausgick. 22 000 M. 1800 Meter. 1. Tarlatan (Schmeier), 2. Tanz (Schlit), 3. Offenstie, 4. Bönn (Walt). Der Jockey Lewicki wurde der Obersten Rennbehörde wegen verdächtigen Reitens angezeigt.

Die „Freie Turnerschaft Wilmersdorf-Schmargendorf“ liert am Sonntag, 29. d. M., auf ihren Spielplätzen in der Württembergischen Straße ihr 14. Stiftungsfest. Der Festzug beginnt mittags 1 1/2 Uhr am Pariser Platz (Auguststraße). Karten im Vorderlauf auf dem Turnplatz und bei den Turnwarten. Erwähnung 1 M., Kinder 50 Pf. Durch die Unterhaltung der Spielplätze für die Jugend der arbeitenden Klasse hat sich der Verein die Anerkennung der ganzen Arbeiterschaft erworben, die am besten bei diesem Fest aus neue durch Massenbesuch bewiesen wird! Auf keinen Fall dürfen Genossen oder ihre Kinder die an diesem Tage im Ort stattfindenden Veranstaltungen der bürgerlichen Sportorganisationen besuchen! Arbeiterkern, geht acht! Kongert, turnerische und sportliche Vorführungen aller Art, Hocke und Fußballspiele, Volkstänze, Ring- und Bogensport, Massenpyramiden usw. werden für angenehme Abwechslung sorgen!

Turnvereinigung Berliner Lehrer. Sonntag, den 29. August, abends 6 Uhr: Ansturnen, Turnhalle Prinzenstraße. 8 Uhr: Wiederabend, Etahschreiberei. 5. — **Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“.** Diskussionsabend. 1. Abt. 28. August, früh 5 Uhr, Groß-Belken; mittags 1 Uhr, Uchwalde. — **Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“.** Sonntag früh 5 Uhr: Rudenwalde, Buchstraße, Ziperlein; 1 Uhr: Kienrade, Dorfstraße 10. Start: Mariannenplatz.

Und hab ich ihn entlarvt erst sexual,
Dann ist ja seine Lehre ganz egal.

Chor der farbentragenden Studenten:

Spülklosetts her,
Stink- und Nachttöpfe!
Mücht noch wer,
Siedt auf die Köpfe!
Hep-hep, wau-wau, tut-tut
Jud, Jud, Jud!

Rich. von Lindenherken.

Woher stammt der Name Quäker? Das Liebeswort der Quäker, das unsern unterernährten Kindern zugute kommt, wird auch weiter fortgesetzt, so hat der Name bei uns einen guten Klang. Eigentlich aber ist es ein Schimpfname, der erst zu einem Ehrennamen wurde. Die Quäker selbst nennen sich die „Gesellschaft der Freunde“, und sie erhielten die Bezeichnung der „Quäker“, d. h. Jitterer, durch einen Richter Bennett in Derby, der den Begründer der Sekte, George Fox, so nannte, weil dieser in seiner religiösen Erregung seine Wieder unruhig bewegte. Heute ist der Name Quäker sogar die gebräuchliche Bezeichnung der Sekte. Ursprünglich nannten sie sich „Freunde der Wahrheit“ und haben auch noch einen dritten Namen, den der „Eucher“. So bezeichneten sich einige Gruppen, weil sie „die Wahrheit suchen“ wollten.

Die Technik im Dienst der Massenrede. So laut reden zu können, um Tausenden von Personen verständlich zu sein, war von jeher eine große Kunst. Heute, im Zeitalter der Beherrschung der Massen durch die Rede, ist sie notwendiger als je. Da ist nun die neuzeitliche Technik diesem Bedürfnis zu Hilfe gekommen. Zum ersten Male wurde auf einer Niederwerksammlung der republikanischen Konvention im Colosseum von Chicago, die bestimmt war, einen Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten zu bezeichnen, eine sinnreiche Einrichtung praktisch erprobt, die es ermöglicht haben soll, die Worte der Redner auch dem Letzten verständlich zu machen. Und zwar wurde dies folgendermaßen erreicht: Der Redner spricht so laut oder leise er will, vor einem Aufnahmeapparat, der auf der Rednertribüne aufgestellt ist. Dieser Apparat überträgt den Ton mit Hilfe elektrischer Uebertragung auf Sprachverstärker, deren Schallröhre über den Kopf des Redners angebracht und nach allen Seiten des Saales gerichtet sind. Die praktische Wirkung ist so, daß der vom Redner ausgesprochene Ton gleichzeitig mit dem der Schallröhre ist. So hören die zunächst Sitzenden die Stimme und Schall zusammen, während die Entfernteren nur den Fernsprecher hören. Diese Erfindung auf die Parlamente übertragen, wird die Friedlichkeit der parlamentarischen Sitzungen noch erhöhen. Denn es ist nun nicht mehr bei erregten Wortgefechten ein Zusammenstoßen vor der Rednertribüne notwendig.

zuerst wissen, was für eine Mitgift der Jüngling verlange; vielleicht kam diese Heirat für meine Tochter gar nicht in Betracht? Drittens sollte der Tischler Jankel zuerst kommen, die Braut anschauen. Darauf erhielt ich von ihm das heißt von Mojshe Aron, eine Antwort, in der er folgendes schrieb: Daß ich noch nicht entschlossen sei, meine Tochter zu verheiraten, ist Unsinn, weil es in der Natur der Sache ist, daß ein Mädchen kein Junge ist! ... Was sagt Ihr zu diesem Einfall? ... Was meine Anfrage betrifft der Mitgift anlangt, so sei es von mir eine große Torheit, darüber zu verhandeln, — meinte er. Sankelte es sich denn um einen Däsen, daß man feilschen sollte? So schrieb er mir. Endlich, bezüglich der Brautschau, war diese überhaupt überflüssig, denn es sei so gut, als ob er die Braut schon gesehen hätte. Jemand aus Weihen hatte mich nämlich einmal besucht und bei dieser Gelegenheit meine Tochter gesehen, die er gar nicht genug loben kann. Kurz und gut, Brief hin, Brief her, ich machte mich auf und ging zu Fuß nach Weihen. Als ich dort ankam und den jungen Mann sah, war ich auf den ersten Blick entzückt! Was soll ich Euch sagen? Seitdem ich lebe und auf meinen Füßen stehe, habe ich von einem solchen Kleinod noch nicht gehört und es noch nicht mit Augen gesehen! Ich sage Euch, ein Gesicht — wie ein Prinz! Ein Kopf — wie ein Minister! Ein Mund — wie eine Berle! Eine Hand — wie Gold! Er kann lesen und schreiben, spricht wunderschön und lernt fleißig, — kurz, ein vortrefflicher Burische, so allem zu gebrauchen! Und Geige kan er spielen — alle Musikanten mit ihren Instrumenten können sich verstehen! Ich weiß gar nicht, wie so ein Wesen zur Welt kommt! Genug, ich war fest entschlossen und habe mir in den Kopf gesetzt, ihn zum Schwiegerohn zu nehmen, und sollte ich die Welt auf den Kopf stellen! Aber wie kann man nehmen, wenn sich etwas nicht nehmen läßt! Mir fehlte das Nötigste, und wenn man nicht loskloppen wollte! Wenn ich wenigstens einen Hundert hätte, wenigstens für den Anfang! Ihr versteht doch, was ich meine!

Der junge Mann fragte zwar nicht danach, ob ich meiner Tochter etwas mitgab oder nicht, aber der Tischler — verflucht sei sein Name! — hat sich in den Kopf gesetzt, daß, wenn selbst eine Königs-tochter käme, er seinen Sohn ohne Mitgift nicht zur Trauung gehen läßt, und sollte es auch deswegen zum Skandal kommen!

(Fortl. folgt.)

Der Kampf um den Magistrat

in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung des neuen Berlin trat gestern zusammen zur Beschlusfassung über die heftig umstrittene Frage, ob der zu wählende Magistrat nur be-
soldete oder auch unbefoldete Mitglieder haben soll und ob die Posten öffentlich ausgeschrieben werden sollen. Gegen die Befreiung der Sozialdemokraten und Un-
abhängigen bestehenden Mehrheit, nur beforderte Mitglieder zu wählen, führten die bürgerlichen Fraktionen einen heftigen Kampf, der zeitweise sehr stürmische Ausstritte hervor-
rief. Nach der Begründung der Ausschussbeschlüsse durch Stadtv. Genossen Frank eröffnete den Reigen der Redner der Stadtv. Merz (Dem.), der in der Rolle eines
Minderheitsvertreters starke Worte gegen das „Nacht-
prinzip“ fand. Zwischenrufe erinnerten ihn daran, daß dieses Prinzip einmals im Dreiklassenparlament Berlins gerade von den Kommunisten lange genug hoch-
gehalten worden ist. Stadtv. Dr. Schneider (Dnat. Vp.), der gleichfalls über die „brutale Macht der Zahl“ zeter-
te, stellte gegen einen etwaigen Beschluß, nur Befoldete zu wählen, Beanstandung und Aufhebung in Aussicht. Die
Bürgerlichen beauftragte Stadtv. Freund (U. Soz.) durch das Versprechen, daß die sozialistische Mehrheit das von jenem mit einem Male so gepriesene demokratische Prinzip be-
folgen und auch Bürgerliche in den Magistrat hinein-
nehmen werde. Zu sehr erregten Ausstritte kam es bei der Rede des Stadtv. Genossen Wermuth, der in scharfer
Abrechnung mit den Bürgerlichen ihre Angriffe auf den angebl. „Nachtprinzip“ der roten Mehrheit“ zurückwies.
Er hielt ihnen vor, daß die bürgerlichen Parteien, wenn sie die Mehrheit hätten, jederzeit bereit wären, die
Arbeiterklasse um ihre Rechte zu bringen. Stadtv. Dr. Steiniger (Dnat. Vp.) bemühte sich, seine
Absicht einer Entpolitisierung des künftigen Magistrats hinter Vorschläge auf Vermehrung der Fachleute zu ver-
bergen. Die Abstimmung hatte das Ergebnis, daß die Zahl der Magistratsmitglieder auf 30 festgesetzt wurde, die nur
Befoldete sein sollen. Die öffentliche Ausschreibung wurde abgelehnt. Schließlich wurde eine nochmalige
Besung beschlossen, die in einer nächsten Sitzung folgen soll.

Der Sitzungsbericht.

Die Sitzung findet im Bürgeraal des Rathauses statt, der für diesen Zweck notdürftig hergerichtet ist. Für die Zuhörer hat in einer Ecke ein kleines, etwa zwei Duzend Personen fassen-
des Podium Platz gefunden.

Vorsteher Dr. Woyl eröffnet die Sitzung um 5 Uhr mit einem Nachruf für den am 26. Juli im Kurland im Grenzwald er-
trunkenen Stadtv. Hilbig-Wilmerdorf (U. Soz.). Die Ver-
sammlung hört den Nachruf stehend an.

Der Bericht des Ausschusses für die Wahlprüfung und die
Verteilung der Mitglieder auf die Bezirksversammlungen wird vom Stadtv. Dr. Schneider (Dnat. Vp.) erörtert. Die Aus-
schussvorschläge gelangen ohne Erörterung zur Annahme.

Sodann gibt Stadtv. Frank (Soz.) den Bericht des Ober-
Ausschusses für die

Wahl der Magistratsmitglieder.

Der Ausschuss hat sich bekanntlich in seiner Mehrheit auf den
Standpunkt gestellt, daß nur beforderte Mitglieder an-
gestellt werden sollen. Der Referent teilt mit, daß dem Aus-
schuss bezüglich der Frage der Zulässigkeit der ausschließlichen
Bestellung befordeter Stadträte zwei juristische Gutachten vor-
gelegt haben; Stadtsyndikus Hirsfeldern sei für, Stadtrat Hom-
burger gegen die Zulässigkeit. Die Mehrheit hat sich mit Hirs-
feldern, insbesondere auch im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte
des § 11 des Gesetzes vom 20. April 1920, für die Zulässigkeit ent-
schieden und alle Änderungsanträge abgelehnt. Von öffentlicher
Ausschreibung soll abgesehen werden.

Zur heutigen Beratung beantragen die Deutschnationalen die
Zusammensetzung des Magistrats aus 20 unbefoldeten und 10 be-
foldeten Mitgliedern, während Demokraten und Deutsche Volks-
partei 18 bzw. 12 vorschlagen. Die beiden Parteien der Rechten
wollen die Wahl mit abgeklärter Frist, die Demokraten wollen sie
mit achtstägiger Frist öffentlich ausgeschrieben wissen. Im einzelnen
soll sich nach den Ausschussvorschlägen der Magistrat wie folgt zu-
sammensetzen:

1. Oberbürgermeister mit 47000 M. Grundbesitz, 1 Bürger-
meister (35000 M.), 1 Kammerer, 1 Syndikus, 1 Medizinalrat,
2 Schulräte, 4 Bouräe (Grundbesitz der Koch-Stadträte 19000
Mark), 19 Stadträte mit je 15000 M. Grundbesitz. Zu letzterem
tritt durchweg ein Ortszuschlag von 5000 M.; weiter soll eine
Kinderbeihilfe gewährt und durchweg für das erste Jahr ein
Lehrerzuschlag von 50 Proz. auf alle Bezüge geleistet werden.
Merz (Dem.) steht in dem Ausschussvorschlag eine Ver-
teilung des Gesetzes und eine Durchbrechung des Hauptprinzips

der Preussischen Städteordnung, die gerade in der ehrenamtlichen
Teilnahme an der Gemeindeverwaltung einen ihrer Grundpfeiler
aufgeführt habe. Im Ausschusse der Landesversammlung sei ein
Antrag nur beforderte Stadträte zu bestellen, abgelehnt und im
Plenum nicht wieder aufgenommen worden. Die Bestellung nur
befordeter Stadträte schlicke evtl. ganze gesellschaftliche Schichten
von der Mitwirkung an der Selbstverwaltung aus. Hier dürfe
nicht das Nachtprinzip entscheiden. Leider gehe auch nach dem
9. November 1918 der

Geist der Bureaucratie

um; nicht mehr, sondern weniger beforderte Beamte läten der kom-
munalen Selbstverwaltung not.

Dr. Schneider (Dnat. Vp.): Mit der Sanktionierung der
Ausschussvorschläge wird der Weg der ersprießlichen Entwicklung,
die Berlin groß gemacht hat, verlassen. Der Magistrat solle doch
ein Spiegelbild der Zusammensetzung der Stadtverordnetenver-
sammlung sein. Weder die Angehörigkeit des Vorschlags, nur
Befoldete zu bestellen, kann kein Zweifel bestehen; es wird damit
der Rechtsboden verlassen und die Willkür zum Prinzip erhoben.
Aber alle solche Erwägungen werden heute an dem Mehrheits-
willen, an der Vorzeitigkeit wirkungslos abprallen. (Große Unruhe
bei der Mehrheit.)

Freund-Kaufmann (U. Soz.) verteidigt die Stellungnahme
der Ausschussmehrheit nach der tatsächlichen wie nach der recht-
lichen Seite. Wenn von „Verteilung“ der Sitze im § 11 des Ge-
setzes die Rede sei, so sei das nur ein umgedrehter Ausdruck
(Nachdem bei den bürgerlichen Parteien); die Landesversammlung
habe ausdrücklich die Entscheidung darüber, ob auch unbefoldete
Stadträte bestellt werden sollten, der Stadtverordnetenversamm-
lung übertragen wollen. Ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommune
sei für den Arbeiter früher eine Unmöglichkeit gewesen und werde
es auch in Zukunft sein. Ueber den „frischen Zug“, der durch die
ehrenamtliche Mitwirkung der begüterten Klassen in die Ver-
waltung komme, sei die Arbeiterklasse etwas anderer Meinung.
Für das gesamte Groß-Berliner Schulwesen genüge ein einziger
Ober-Schulrat. Die Mehrheit sei es sich selbst und auch der
Gesamtheit schuldig.

Das demokratische Prinzip im Sinne des Wahlergebnisses

vom 20. Juni zur Durchführung zu bringen. Doch die Wahl des
Magistrats auf 12, die der Stadtverordneten nur auf 4 Jahre
erfolge, sei ein Widerspruch, für den die U. Soz. nicht verantwor-
tlich gemacht werden könnten; ihr Antrag, auch den Magistrat nur
auf 4 Jahre zu wählen, sei vom Ausschuss abgelehnt worden. Doch
seit Wochen der Wer-Ausschuss sich mit der Wahl des Magistrats
von Groß-Berlin befaßt, habe ganz Deutschland gekniff; es habe
daher der Ausschreibung nicht mehr bedurft, auch seien die Mel-
dungen und Bewerbungen zahlreich, schriftlich wie mündlich, ein-
gelaufen.

Dr. Neumann (D. Vp.) polemisiert im Sinne der Stadt-
verordneten Schneider und Merz gegen den Vorredner. Der
bureaucratische Magistrat erziele, wie das Wiener Beispiel zeige,
die Demokratie; er sei schließlich die reine Abstimmungs-
maschine. Für den Fall, daß nur beforderte Stadträte eingesetzt werden, müßten
die technischen Dezernate auf fünf, die Schuldezernate auf drei
erhöht werden. Die Tätigkeiten unter den Kräften aus den Reihen
der Bürgerlichen würden sich ohne offizielle Ausschreibung über-
haupt nicht melden. Der Ausschussvorschlag müsse zur Despotie,
verschärft durch Bureaucratismus, führen.

Wermuth (Soz.) Das Gesetz von Groß-Berlin führt aller-
dings eine unklare Sprache, darum muß auf seine Entstehungs-
geschichte zurückgegangen werden. Diese spricht aber ungewissig
für die Stellungnahme unseres Ausschusses. Das Amt eines
Stadtrats kann heute

nicht mehr als Nebenposten

wahrgenommen werden, es kommt mindestens eine täglich fünf-
bis sechsstündige Tätigkeit in Frage. Von „Altenzeitlichkeit“ und
vergleichen, von „Nachtprinzip der roten Mehrheit“ hat die Presse
gesprochen, weil wir eine Ausschreibung nicht für nötig halten;
wer so etwas schreibt, kann nur ein ersatzloser Schreibtisch
sein, der von den wirklichen lebendigen Kräften im Volke keine Nahrung
hat. (Zwischenrufe von rechts, denen wachsende Unruhe und heftige
Gegenrufe aus der Mehrheit folgten. Es ertönt auch ein Pfiff.)
Vorsteher-Stellvertreter Benede rügt diese Rundgebung und sucht
Ruhe zu stiften. Die Parteien der Rechten sind jederzeit bereit,
die Arbeiter zu politischen Zwecken zu betrügen. (Große Unruhe
rechts. Vorsteher Dr. Woyl: Selbstverständlich sind An-
wesende ausgeschlossen.) Für ein selbständiges Dezernat für Land-
und Forstwirtschaft, wie es die Demokraten beantragen, haben auch
wir Sympathie.

Weiter sprechen noch Dr. Sammerich (Zenit.) und Röder
(Wirtschaftl. Vg.)

Dr. Steiniger (Dnat.) beginnt mit einer Verwahrung
gegen den in der Versammlung einbrechenden Ton und verpflichtet
sich, sich in so ardhere Sachheit. Dem Fortlaut des Gesetzes
entspreche der Ausschluß der Unbefoldeten nicht. Ausschreibung sei
unerlässlich, Höhe vertrauliche Besprechungen genügen nicht. Es
müsse auch der Schein der Parteilichkeit vermieden werden; ent-
scheidend müsse sein

Die praktische Eignung für den Posten

ohne jede Rücksicht auf die Politik. Diese dürfe nicht den Ertrag
bilden für die tatsächliche Tätigkeit. Der neue Organismus Groß-
Berlins müsse sachlich, er dürfe nicht politisch aufgezogen werden,
wenn er lebensfähig werden solle. — Zum Schluß begründet Redner
einen Antrag der Deutschnationalen, die Zahl der Magistratsmit-
glieder auf gänzlich zu normieren. Wenn die Verwaltung bei den
Bezirken liegen solle, genüge für die Zentrale eine viel geringere
Zahl als dreißig. In den Magistrat gehörten fünf Techniker, sowie
ein Fachmann nicht nur für die Land-, sondern auch für die Forst-
wirtschaft, ferner drei statt zwei Schulräte und ein zweiter Jurist
als Syndikus.

Dominicus (Dem.) empfiehlt den vom Ausschuss vorge-
schlagenen zweiten Stadtschulrat für das Stadt- und Fortbildungs-
schulwesen und tritt dann lebhaft für die öffentliche Ausschrei-
bung ein.

Kaufmann (U. Soz.): Wir empfehlen eine wesentliche Her-
absetzung der Gehaltsätze und zu diesem Zwecke zu den 20000 M.
Gehalt der Stadträte die Gewährung eines Lehrerzuschlags
von nur 25 Proz., ebenso ein Grundbesitz für den Bürgermeister
von 30000 M. plus 25 Proz. Mit unserem Vorschlag, nur einen
Schulrat zu bestellen, hat sich die Berliner organisierte Lehrerschaft
einverstanden erklärt.

Holz (Soz.) geht nochmals auf die Entwicklungsgeschichte des
§ 11 ein. Der habe ursprünglich noch den Satz enthalten: „Ein
Drittel der Mitglieder muß unbefoldet sein,“ und dieser Satz sei
gefallen, womit die Freiheit der Stadtverordneten, über die Zu-
sammensetzung des Magistrats durchaus selbständig zu entscheiden,
gegeben sei. Die

Rechtsgrundlage sei also nicht zweifelhaft,

und für die Zweckmäßigkeit habe die Debatte reiches Material
beigetragen.

Nachdem noch Benede (D. Vp.) und Schulze (Deutschl.)
gesprochen haben, schließt um 10 Uhr diese Erörterung.

Die große Mehrheit stimmt für 30 Magistratsmitglieder; eine
Mehrheit, bestehend aus den beiden sozialdemokratischen Parteien,
stimmt für die Zusammensetzung des Magistrats nur aus beforderten
Mitgliedern. Die Zusammensetzung im einzelnen wird nach den
Ausschussvorschlägen geregelt, mit der Abweichung, daß nur ein
Schulrat bestellt werden soll; die Zahl der einfachen Stadträte
wächst damit auf 29.

Zu den Gehaltsfragen gelangt mit Unterstützung eines Teils
der Rechten der Antrag der U. Soz. auf Herabsetzung des Gehalts
für den Bürgermeister und die einfachen Stadträte zur Annahme;
im übrigen bleibt es bei den Ausschussvorschlägen.

Die Ausschreibung wird abgelehnt.

Für den Antrag Steiniger auf Vornahme einer zweiten
Besung stimmt mit den Bürgerlichen auch ein Teil der Sozial-
demokraten; der Antrag erhält damit die Mehrheit, (:) muß dem-
nach eine zweite Besung stattfinden.

Schluß 9 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Arbeitsgemeinschaft Wedding, Gesundbrunnen. Am Sonntag,
den 29. August: Weltfest in Lappenberg. Trossplatz-Rettelplatz
(Normaluhr) um 8 und um 12 Uhr.

Heute, 27. August:

Charlottenburg, Volkshaus, Rosinestr. 4. Vortrag: Was muß
der junge Arbeiter von der sozialen Bewegung wissen. — Moabit,
Schule Waldenstr. 21. Vortrag: Entwicklung von Religion und
Gottesdiensten. — Neukölln, Wandgauer Str. 10. Vortrag: Die
Geschichte der Arbeiterbewegung. — Nordhafen, Realhause Palmen-
straße. Vortrag: Christentum und Sozialismus. — Tüben, Schule
Blumstr. 10. Vortrag: Schule und Leben. — Treptow, Baum-
schulweg, Eisenstr. 3. Vortrag: Entwicklung der deutschen Literatur.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband sozialistischer Lehrer. Sonnabend, 1. u. 28. August, abends
7 Uhr: Volkshaus hinter der Garnisonkirche. — 4. Arbeiter-Samariter-
kolonnen Berlin e. V. Abteilung Westen am Frei-Tag, den 27. August,
7 Uhr, im Lokal Rotherstr. 11: Prüfung des Don-Stranzenpflege-Kurses.
— Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Oriskany-Str. 11, Dienstag,
31. August, abends 8 Uhr, im Gymnasium Deseffstr.: Vollerversammlung.

Dujardin
das prächtige
französisch Cognac.
DUJARDIN & Co. G.m.b.H. ÜRDINGEN a. Rh.
LAROCHELLE (COGNAC - CH. BENTZ MARIAGE)

Hühneraugen
Hornhaut, Schwämmen u. Warzen
besiegt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 10001 100fach bewährt
Preis M. 3.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

Herbstkleidung

Gummi-Mäntel mauvegrau, herabgebeutelt auf modifarben mit Gürtel. . . früher 700 jetzt M. 590	Jackett-Anzüge modern verarb. in allen mögl. Farbenstellungen früher 1200 jetzt M. 950
prima Dubelmäntel . . . früher 1450 jetzt M. 900	früher 1400 jetzt M. 1100
Paletots marengo, sehr gut verarbeitet früher 700, jetzt M. 535	Culaway u. Westie a. gut marengo über, herabg. a. 575
Covercoats in den neuesten Facons früher 1000, jetzt M. 825	Bozener Mäntel a. Impreg. Led. a. stoff, herabg. auf 390
Hosen geschmackvoll gestreift, herabgebeutelt 170, 200, 230, 290, 330 und M. 90	

Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. D. sehr billig!

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine Filialen mehr**

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Ge-
wisse Haare erhalten solort
ihre natürliche Farbe echt
und unverwundbar wider
durch mein garantiert un-
schädliches „Nicolol“. In
allen Farben erhältlich
Fl. 8.50, 12.50 und 16.-
Otto Reichel, Berlin 43,
50, Eisenbahnstraße 4.

Selt über 1/2 Jahrhundert

Rauch-Kaffee
Riesens-Auslese
Invalidenstr. 164
Eckhausbrunnenstr. Nord 43/36

Willst Du Kaffee?
40 Kastanien-Allee 40

Armee pistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
faucht und jagt höchste Preise
Berlin SW,
W. Dietke, Rummelbäumchenstr. 26

Möbelfabrik Robert Seelisch
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73 a

Gegründet 1876. Versand nach allen Plätzen Deutschl.

empfehlen
gute Möbel-Einrichtungen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn- und
Herrenzimmern
Jeder in Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
Lager räume: 6696 q. Met. groß.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesetze, etc.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft mit b. H.,
Alexandersstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet, Tel. Köniigs 2395.

Goldpreise wieder hoch!
Noch ist es Zeit, wenn Sie Ihr Geld retten wollen!
Zahle überhöchste Preise für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Zahngelisse, alte Uhren, ausl. Münzen.
Edelmetallverwertung
Sebastianstr. 64 I, Nähe Moritzpl.

Aureol ist die beste
seit 19 Jahren
berühmter bester
Haarfarbe
färbt echt natürlich blond,
braun, schwarz ab 21.24 Produkt 8.
J.F. Schwarzlög-Söhne
Berlin
Markgrafenstr. 26
Danzig erhältlich

Silberfuchse 200 M. Alaska, Blau-, Zobel-, Kreuz- und Weißfuchse, Damen-Pelzmäntel, Herren,
Geh- u. Sportpelze bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster
früher bis 1200 M., jetzt 350 bis 450 M. Große Posten Rosen, Stück 60 M. (Keine Lombardwaren).
Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art).

die noch in der Fabrik vorhandenen 28 Torpedos und Bombenabwurfvorrichtungen sowie vier komplette Wasserflugzeuge beschlagnahmt und zur Abfertigung fertig machen ließ. Die Apparate und Flugzeuge, die früher Eigentum der Marinebehörde waren, wurden durch eine Treuhändergesellschaft an die Entente-Kommission abgeführt. Als nun am gestrigen Nachmittag mit der Verpackung des Materials auf dem Hof der Fabrik begonnen werden sollte, entstand unter den 3000 Arbeitern der Firma Pintsch, von denen namentlich die jüngeren Arbeiter der kommunistischen Partei angehören, eine starke Erregung. Einige Arbeiter zwangen den Betriebsrat, das Werk stillzulegen und eine Betriebsversammlung einzuberufen. Der Betriebsrat begab sich vorsichtshalber zur Direktion und verlangte von dieser Aufklärung, für wen die Flugzeugabwurfapparate und die Flugzeuge bestimmt seien. Sie verlangten vor allem eine bündige Erklärung, ob die Firma das Kriegsmaterial etwa noch Polen verkauft habe. Seitens der Direktion wurde den Vertretern der Arbeiter die Versicherung gegeben, daß nach dem Friedensvertrag die Entente berechtigt war, die genannten Maschinen für sich zu beanspruchen. Die Arbeiter wurden dringend gewarnt, keine Unbesonnenheiten zu begehen.

In der gegen 4 Uhr abgehaltenen Betriebsversammlung wurde ein Mitglied des Betriebsrats den Arbeitern diese Mitteilung der Direktion bekanntzugeben, wurde jedoch niedergeschrien. Einige Mitglieder der kommunistischen Partei hielten stark verheerende Anreden und schlugen vor, das gesamte Heeresgerät, das, wie sie erfahren hätten, für Polen bestimmt sei, sofort zu vernichten. Diese Reden fanden den Beifall eines großen Teils der Anwesenden, und in einer Abstimmung wurde beschlossen, die Maschinen zu vernichten. Die Direktion der Firma Pintsch rief, um eine Verstärkung zu verhindern, die Garnison Fürstentum an. Die dortigen militärischen Stellen erwiderten jedoch, daß sie zu schwach seien, um eingreifen zu können. Die Arbeiter zogen infolgedessen auf den Hof und vernichteten in ganz kurzer Zeit sowohl die Flugzeuge als auch die Abwurfvorrichtungen. Daraufhin meldete die Firma Pintsch die Vorfälle sowohl der Reichsregierung in Berlin als auch der internationalen Kommission. Die Regierung hat bereits Vertreter nach Fürstentum entsandt, um die gestrigen Vorfälle amtlich festzustellen und der Entente-Kommission sodann Bericht zu erstatten. — Wir können die Arbeiterschaft nur dringend warnen, sich von maultrabalen Elementen zu solchen unsinnigen Taten verleiten zu lassen.

Abtransport der Internierten.

Königsberg, 25. August. (WZB.) Der polnische Vormarsch ist anscheinend in der Linie Proskien—Ossowjez—Bialystok zum Stillstand gekommen. Deßhalb von Lemberg lokale Erfolge der Polen, die weiter südlich zur Befestigung der Dnjepr-Linie führten. Bolschewistische Meuterei erreichte im Rücken der Polen westlich Lemberg Strzyj, wo sie den Eisenbahnverkehr störte.

Die Entwaffnung der Russen auf ostpreussischem Gebiet hat sich bis jetzt reibungslos vollzogen. Nur bei Klein-Rußland haben anscheinend Polen versucht, übertretende Russen, die bereits deutsches Gebiet erreicht hatten, zu entwaffnen. Der Vorfall wird noch aufgeklärt. Für die Unterbringung sieben hierfür zunächst zur Verfügung der Lager von Arns, Fr.-Dossand und Eydtkuhnen. Einzelne im Lande umherziehende Trupps werden allmählich in diese Lager übergeführt. Die Waffen werden teilweise zerstört, da ihre sichere Bewahrung nicht möglich ist. Der Gesundheitszustand ist bisher leidlich; allerdings sollen einige Miedlerfälle festgestellt sein. Die erforderlichen sanitären Maßnahmen sind eingeleitet. Es herrscht viel Elend unter den Russen, besonders deshalb, weil sie nur Sowjetgeld besitzen, das niemand annehmen will. Es ist veranlaßt worden, daß die Möglichkeit zum Einwechseln dieses Geldes geschaffen wird. Die bei der Truppe befindlichen zahlreichen Pferde werden in Pflege gegeben.

Die Abförderung der Internierten über See von Pillau nach Swinemünde und weiter nach Lagern im Innern Deutschlands ist eingeleitet, begegnet aber erheblichen Schwierigkeiten. Vom 30. August ab sollen täglich zunächst 1500 Mann befördert werden.

An der Grenze sind Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission Königsberg eingetroffen. Leider ist es infolgedessen in Johannisburg zu einer Demonstration gegen alliierte Offiziere gekommen. Der Reichswehr-Kommandeur hat sofort diese Offiziere gegen weitere Belästigungen geschützt.

Der Oberpräsident von Hannover, Koske, gibt amtlich bekannt: In den nächsten Tagen sind Truppentransporte nach dem Gefangenenlager Minden in Westfalen zu erwarten. Es handelt sich um entwaffnete russische und polnische Soldaten. Die Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß keinerlei Verdacht besteht, daß die Truppen Waffen und Munition bei sich führen.

Kopenhagen, 26. August. In einem Telegramm aus Warschau heißt es: In den letzten Tagen haben sich in dem sumprigen Karawial bei Ostrowka und Lomcha schwere Kämpfe entwickelt, wo die Bolschewisten sich um jeden Preis einen Weg nach Bialystok bahnen wollten. Es gab ziemlich schwere Verluste auf beiden Seiten; augenscheinlich versucht der Feind sich in der Gegend von Ostrowka zu halten und gleichzeitig den Polen den Weg nach Litauen zu versperren.

Russischer Heeresbericht.

Moskau, 26. August. (Durch Funkdruck.) Russischer Operationsbericht vom 25. August. In den Abschnitten Lomcha und Bialystok führen unsere Abteilungen Kämpfe und Gefechte. Im Abschnitt Drest-Litomisch besetzen wir eine Reihe Ortschaften nordöstlich Drest-Litomisch. Im Abschnitt Cholm östliche Kämpfe.

Abchnitt Lemberg: Nachträglichen Meldungen zufolge brach unsere Kavallerie in den Rücken des Gegners durch, erreichte die Stadt Strzyj und vernichtete dort 10 Truppentransporte sowie 18 Lokomotiven des Gegners.

Abchnitt Krim: In der Gegend von Cherson drängen unsere Truppen noch den in den letzten Tagen für uns erfolgreichen Kämpfen den Gegner in südlicher und südöstlicher Richtung zurück. Im Abschnitt Drestow dauern die hartnäckigen Kämpfe mit wachsender Anspannung fort.

Verweigerung des Munitionstransports.

Brüssel, 26. August. (WZB.) „People“ berichtet: Der mit für Polen bestimmter Munition beladene amerikanische Dampfer Marcella konnte infolge der Opposition der Hafenarbeiter den Hafen von Antwerpen nicht verlassen.

Anerkennung der Sowjetmacht.

Paris, 26. August. (WZB.) Nach einer Radiomeldung hat die italienische Regierung auf die Note des amerikanischen Staatssekretärs Colby geantwortet, daß die Beziehungen zur Sowjetregierung wieder aufgenommen werden müßten, weil diese augenscheinlich die stärkste Macht in Rußland darstelle.

London, 25. August. (Reuter.) Kamenew und Krassin haben bisher nicht um Zustimmung der Pässe ersucht, doch wird ein derartiger Entschluß der russischen Vertreter nicht für unwahrscheinlich gehalten.

London, 25. August. (Reuter.) Der Arbeiter-Aktionsrat hat die Luzerner Kundgebung einer Prüfung unterzogen. Er sieht in der Note einen Schritt in der Richtung auf eine Kriegs- und reaktionäre Politik, wobei der (inzwischen zurückgezogene! Red.) bolschewistische Vorschlag auf Bildung einer Bürgermiliz von Polen als Vorwand benutzt werde.

Die Vorgänge in Griechenland.

Bekanntlich sind vor einiger Zeit sämtliche oppositionellen Blätter Athens nacheinander in Grund und Boden demoliert worden. Die Redakteure erlassen folgende Erklärung:

Im Namen der Pressefreiheit protestieren wir gegen die rücksichtslose Zerstörung der Oppositionsblätter in Athen. Sie war von der venizelistischen Regierung vorbedacht und unter dem Vorwand des Attentats von Paris von der persönlichen Sicherheitswache Venizelos, die vom Vandalenführer Opatris angeführt ist, vollzogen, obwohl in der Vorbereitung die Oppositionsblätter die größte Verbreitung hatten. Seit Mitte August gibt es in Griechenland keine Oppositionspresse mehr. Wir warnen auch die internationale Öffentlichkeit vor den tendenziösen Nachrichten der Venizelisten, die den König Konstantin als den Anführer eines Attentats hinstellen, das die natürliche Folge des Hasses gegen die venizelistische Tyrannei ist.

Kassationierung der politischen Gefangenen durch eingedrungene Venizelos-Mob. Massenverhaftungen Oppositioneller und systematische Sozialistenverfolgung bilden den würdigen Rahmen des „patriotischen“ Ausschürens. Die Zensur wütet in den Spalten der sozialistischen Presse, die wohl den Rekord der unbedruckten Spalten hält. Gen. Venaraja schreibt im Organ der sozialistischen Partei „Ergatisos Agon“:

Seit Monaten sitzen 10 Arbeiterkämpfer in den Gefängnissen von Anaxilos, der Brandstiftung beschuldigt, trotzdem die Voruntersuchung ihre Unschuld erwiesen hat. Schamlos wird die Leitung der Gewerkschaft der Tabakarbeiter aus Xanthi, bestehend aus 7 Genossen, eingesperrt, weil sie das Organ der Partei und sozialistische Bücher verbreiten, weiter wird alles in die Wege geführt, um den Herausgeber des „Rizospastis“, Gen. Pehopoulos, zu verurteilen. (P. ist inzwischen im Gefängnis ermordet worden.) Schließlich wurde auch unserer Partei durch die Verhaftung ihres Generalsekretärs der Krieg erklärt. Es wird nicht lange dauern, daß die Regierung und jede Kritik ihrer Politik unterbinden wird.

In einem Artikel des „Rizospastis“ schreibt der Generalsekretär der griechischen Gewerkschaften, Evangelos:

Die Regierung scheint entschlossen zu sein, jeden Gegner zu vernichten. Die Vertreter der Arbeiter werden verhaftet, gefangen gesetzt oder ausgewiesen, die Arbeiterpresse wird verfolgt, die Zensur und der Belagerungszustand mit beispielloser Schärfe gehandhabt.

Der König Georg hat Lloyd George in Luzern um eine Audienz. Lloyd George verweigerte sie wegen des Attentats.

Hungerseuche der Großstadtkinder.

In den letzten Wochen sind in den Mainzer Volksschulen genaue Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Schulkinder vorgenommen worden. Dabei ist die erschreckende Feststellung gemacht worden, daß die Tuberkuloseverbreitung in einzelnen Klassen zwischen 80 und 70 Proz. schwankt. Das Prozentverhältnis der Unterernährung ist weit größer. In einzelnen Klassen wurden bei einer Frequenz von 50 bis 60 Kindern nur zwei bis drei Schüler mit normalem Ernährungszustand festgestellt. Diese erschreckenden Zustände sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, die zum Teil in den Beschaffungsverhältnissen begründet sind. Die Verhebung der Wohnungsnot, die im besetzten Gebiet schlimmer ist als im übrigen Deutschland, scheitert im wesentlichen an den außerordentlichen Anforderungen der Befahrung. Das gesamte Bauhandwerk von Mainz und der Umgegend ist vollauf beschäftigt mit der Errichtung von Neubauten für Offiziersfamilien. Der Wohnungsbau für die einheimische Bevölkerung muß darunter natürlich erheblich leiden. Als weitere Ursache des schlechten Gesundheitszustandes der Volksschüler ist die Zusammenpferdung in alten gesundheitslich nicht einwandfreien Schulen zu bezeichnen, da die französische Befahrungsbehörde immer noch die besetzten Schulgebäude zu Verwaltungszwecken in Anspruch nimmt. Als dritte Ursache muß die außerordentliche Teuerung und bezeichnet werden, die weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was man im übrigen Deutschland gewohnt ist. Die Tatsache, daß trotz ihres hohen Standes die Preise bei der schlechten Marktlage für die Franzosen immer noch niedrig sind, bewirkt, daß der Handel sich in erster Linie auf die Zahlungsfähigkeit der Befahrungstruppen und ihrer Familien einstellt. Da dem Handel verholten ist, von den Truppen höhere Preise zu fordern, so stellt er seine Preise von vornherein so, daß sie zwar gleichmäßig sind, aber zum Nachteil der Zivilbevölkerung. Daher kommt es, daß die Kinderdemitteln gestiegen sind, Verzicht zu leisten. Die Wirkung kommt in dem schlechten Gesundheitszustand der Volksschüler zum Ausdruck. Das Proletariat muß mit der Gesundheit seiner Kinder zahlen für die militärischen Vorbergeilüste des wilhelminischen Regimes.

Wo bleiben die Geschenk-Rühe?

Unsere Genossin Abg. Juchacz hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Aus Mitteilungen der Presse geht hervor, daß Amerika Deutschland 100.000 Milchkühe nebst Futtermitteln zur Ernährung deutscher Kinder geschenkt hat. Diese hochherzige Spende wäre geeignet, das Leben von Hunderttausenden von Kindern, die im nächsten Winter durch den Mangel an Milch gesundheitlich schwer gefährdet sind, zu retten. Was ist von der deutschen Regierung geschehen, um die Durchführung dieser Transporte nach Deutschland zu ermöglichen?

Auch der Internationale Sozialistenkongress in Genf hat sich mit der Tatsache, daß die von Amerika zum Zweck des Wiederaufbaues des deutschen Wirtschaftslebens gespendeten Kühe und Futtermittel noch immer nicht unterwegs sind, beschäftigt und eine darauf bezügliche Entschließung angenommen. Eine baldige Meinungsäußerung der deutschen Regierung über die auf Kosten der Lebenskraft des deutschen Volkes gehende Verzögerung wäre doch sehr erwünscht.

Beschwerden der Sipo.

Nicht nur materieller Art.

Zu der Eingabe an die Fraktionsvorstände der Preussischen Landesversammlung, über die wir in Nr. 423 berichteten, wird uns geschrieben, daß diese fast ausschließlich, als wolle sie von den Beschwerden ablenken, die in der Volksversammlung des Wirt-

schaftsverbandes der Sipo am Montagabend vorgebracht worden sind. Diese Versammlung, die von mehreren tausend Angehörigen der Sicherheitspolizei besucht war und in der Hochbrauerei, Födickestraße, tagte, nahm Stellung zu der wirtschaftlichen Lage der Sipo, aber auch zu sonstigen Mißständen, die nicht weniger Unzufriedenheit erregten.

Die schlechte Stimmung in der Sicherheitspolizei wird wohl zum Teil durch materielle Mißstände herbeigeführt, aber auch durch die Behandlung der Unterbeamten seitens ihrer Vorgesetzten. Da ist z. B. die Ansetzung des Ausbildungsdienstes. Es wird dauernd noch das Hauptgewicht gelegt auf militärisches Marschieren und Exerzieren, wogegen die wirklich polizeiliche Ausbildung ganz und gar in den Hintergrund tritt. Dazu kommt die überlange Dienstzeit. Die Beamten würden den langen Dienst gern leisten, wenn er zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Berlin notwendig wäre. Aber die Dienststunden werden angefüllt mit rein militärischen Exerzieren, wie sie Rekruten in den ersten Monaten ihrer Dienstzeit vielleicht nötig haben, aber sicher nicht alte Soldaten, wie es durchweg die Beamten der Sicherheitspolizei sind, die zum größten Teil eine militärische Dienstzeit von 5 bis 12 Jahren hinter sich haben, oft weit mehr als der zur Aufsicht kommandierte Offizier.

In der Versammlung wurde weiter geklagt über die Einstellung von sehr vielen Reichswehroffizieren und sogar solchen, die bei dem Kapp-Putsch eine zweifelhafte Stellung eingenommen haben. Die Beamten beklagten sich darüber, daß die meisten der Vorgesetzten kein Verständnis dem Volke gegenüber hätten und auch in keiner Weise der Psyche der Unterbeamten Rechnung trügen. Es sei gar kein Wunder, wenn die Bevölkerung Groß-Berlins dachte, daß die Sicherheitspolizei wirtschaftlich gut dastünde, wenn ihre Offiziere mit Dienstpferden jeden morgen durch den Tiergarten unter Begleitung eines Unterbeamten als Pferdebesitzer Spazierritte unternähmen könnten und sie des Morgens vom Gruppenkommandeur herunter bis zum Hundertschaftsführer hoch zu Ross zum Dienst erscheinen. Schließlich haben auch politische Schikanen keinwegs aufgehört. Es sind fortwährend Nachforschungen im Gange, weil die meisten Unterbeamten sowie auch eine Anzahl Oberbeamte republikanisch gesinnt und sogar nicht wenige Mitglieder der S. P. D. sind. Immer wieder werden Vorwände gesucht, um Vertrauensleute der S. P. D. aus irgendwelchen Anlässen zu entlassen.

Wirtschaft

Zum Steuerabzug.

Um irrtigen Auffassungen entgegenzutreten, seien die wichtigsten Neuerungen in der Regelung des Steuerabzuges nochmals mitgeteilt:

Es treten folgende Erleichterungen ein:

1. Uebersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15.000 M., nicht aber den Betrag von 30.000 M., so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15.000 M. nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.

2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 26 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.

Sinnlose Wirtschaft.

Zu unserem Artikel „Schafft Arbeit für Reparaturwerkstätten“ in Nr. 424 bitten uns die Pressestelle des Reichsfinanzministeriums folgendes zu bemerken:

„Sämtliche entbehrlichen ehemaligen Heereskraftfahrzeuge in Berlin sind in Tempelhof in dem Kraftwagenpark der Reichstrenthand-Gesellschaft, Abt. Automobile, untergebracht und zwar größtenteils in abgeschlossenen Schuppen, so daß insbesondere die besseren Fahrzeuge vor Witterungseinflüssen geschützt sind. (Und was geschieht mit den freiliegenden? D. Red.)“

Eine Reparatur ist bei der Mehrzahl dieser Fahrzeuge unter den heutigen Verhältnissen für das Reich unwirtschaftlich. Für derartige Reparaturen fordern die Reparaturfirmen im Durchschnitt 30.000 bis 40.000 M., während zurzeit für einen derartig wiederhergestellten Kraftwagen nicht mehr als ca. 30.000 Mark zu erzielen sind. Demgegenüber sind für unreparierte Fahrzeuge durchschnittlich 10.000 Mark zu erzielen. Das Reich würde somit bei Inreparaturgabe am Fahrzeug 10.000 bis 20.000 Mark zu sparen.

Für Reparaturfirmen ist dagegen der Erwerb und die Reparatur derartiger Kraftwagen immerhin lohnend. Soweit diese Firmen Fahrzeuge zur Reparatur anzulassen wünschen, brauchen sie sich nur an die Reichstrenthand-Gesellschaft, Abt. Automobile, zu wenden. Die Mehrzahl der Groß-Berliner Automobil-Reparaturwerkstätten macht auch laufend von dieser Möglichkeit im beträchtlichen Umfange Gebrauch.“

Das Reichsfinanzministerium ahnt offenbar nicht den Widerspruch, den es in seiner Zuschrift zu unserer Kenntnis bringt. Es sagt nämlich: Uns kostet die bloße Reparatur 30.000 bis 40.000 M., während der Privatindustrielle, der ein Lastauto mit 10.000 Mark kauft, und die Reparaturkosten auf sich übernimmt, bei einem Verkauf von 30.000 Mark noch ein Geschäft macht. Der Kostenanschlag einer Reparatur mit 30.000 bis 40.000 M. muß also offenbar so hoch gegriffen sein, daß er sich mit den Selbstkosten in keiner Weise mehr deckt, sondern sogar noch solche Uebergewinne ermöglicht, daß man sie eben nur dem Reiche abnehmen kann.

Wir hatten die Zuschrift seinerzeit als von interessierter Seite herflamend gekennzeichnet und ihr nur deshalb Raum gegeben, weil es jetzt in der Tat darauf ankommt, Arbeit zu schaffen, wo diese sich bietet. Wenn sich das Reichsfinanzministerium nun auf geradezu irrsinnige Kostenanschläge stützt, um unsere Forderung zu entkräften, so beweist es nur, daß es ihm bisher nicht gelungen ist, die Preisforderungen der Interessenten auf ein der jetzigen Krise angemessenes Maß herabzusetzen. Hat es durch Verhandlungen mit den beteiligten Arbeiterkreisen das wenigstens versucht? Wenn es wirklich so ist, daß das Reich 10.000 bis 20.000 Mark verliert, wo die Privatindustrie noch gute Gewinne macht, dann sollte man das ganze Reichsfinanzministerium mit seinen nachgeordneten Stellen liquidieren. Zur unwirtschaftlichen Verwaltung der Reichsgüter — und dazu gehört auch das Stehenlassen von Kraftwagen, bis sie verrotten — brauchen wir wahrhaftig keinen so großen Beamtenapparat. Aus der oben dargelegten Rechnung spricht allerdings ein solches Verlagen des für die wirtschaftliche Verwaltung der Reichsgüter maßgebenden Ministeriums, daß es mit jünolger Wirtschaft nicht zu gering gekennzeichnet ist.

Gewerkschaftsbewegung

Skandalöse Zustände im Schlichtungsausschuß.

Man schreibt uns: Mit dem enormen Anwachsen der Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hat die Vermehrung der Dien- und Sitzungsräume nicht gleichen Schritt gehalten. Es haben sich Zustände herausgebildet, die jeder Beschäftigung spotten. Den Beisitzern wie auch den Parteien kann auf die Dauer nicht zugemutet werden, die Räume auch weiterhin zu frequentieren. Die Sitzungen werden täglich, 20 bis 25 an Zahl, in Restaurationsräumen abgehalten, die vielfach nicht den geringsten Anforderungen entsprechen. Der Winter steht vor der Tür und damit beginnt für die Beisitzer wegen der unzulänglichen Heizung und Beleuchtung der Räume eine neue Leidenszeit. Krankheiten der Beisitzer sind an der Tagesordnung und keine Behörde kommt für den infolge ehrenamtlicher Tätigkeit entstandenen Schaden auf. Aber auch die Würde des Schlichtungsausschusses leidet darunter, wenn weiter in den unzulänglichen Lokalen verhandelt werden soll, ganz zu schweigen davon, daß den Beisitzern die wichtigsten Materialien, die im Archiv des Schlichtungsausschusses vorhanden sind, nicht zugänglich gemacht werden können. Auch entbehren sie vielfach einer schnellen juristischen Beratung und es ist kein Wunder, wenn Schiedssprüche zustande kommen, die in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden.

Die 22er-Kommission der Beisitzer beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat daher in ihrer letzten Sitzung vom 24. August 1920 folgenden Beschluß gefaßt:

Die von sämtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin gewählte 22er-Kommission hat wiederholt und nachdrücklich auf die unhaltbaren Zustände bezüglich der Raumfrage für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hingewiesen. Seitdem sind lediglich Vorschläge von den Regierungsverstärkungen gegeben worden, tatsächlich ist aber noch kein entscheidender Schritt getan, der die Frage ihrer Lösung anzuführen geeignet wäre. Die Regierungsverstärkungen unterschätzen offenbar die Wichtigkeit und Wichtigkeit der Sache. Für die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sieht fest, daß die Fortführung der Geschäfte in der bisherigen Weise sowohl für das Bureaupersonal des Schlichtungsausschusses, wie auch für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer unmöglich ist, wenn nicht eine Abhilfe für die nächste Zukunft in Aussicht gestellt werden kann. Nachdem die Kommission zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Regierungsverstärkungen offenbar nicht den Ernst der Situation erkannt haben, erklärt sie hiermit einstimmig:

Wir erwarten, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu hören, wie die Raumfrage für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin geregelt werden soll. Die Entscheidung wird sich darüber aufzulösen haben, zu welchem Zeitpunkt geeignete neue Räume verfügbar sind. Würde innerhalb dieser Frist eine Entscheidung nicht getroffen sein, so würden nach der Überzeugung der 22er-Kommission die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer im Schlichtungsausschuß nach dem 1. Oktober 1920 ihre Tätigkeit als Beisitzer nicht mehr ausüben können.

Auch wir haben schon früher — leider vergeblich — auf die unduldbaren Zustände im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hingewiesen. Es ist geradezu beschämend für die Behörde, daß erst die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Ausschusses mit der Einstellung ihrer Tätigkeit drohen müssen, damit Behörden etwas ernsthaftere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Man komme nur nicht mit der Rot an verfügbaren Räumen. Wenn es sich nicht nur um ein unbewegliches Anhängel, sondern vielmehr um einen etwa unterzubringenden Stab der Reichswehr handeln würde, wären in kürzester Zeit geeignete Räume gefunden!

Die Aussperrung in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird telegraphisch gemeldet: Die wegen Verweigerung des Steuerabzuges ausgesperrten Arbeiter haben in einer gestern vormittag abgehaltenen, von mehreren Tausend Teilnehmern besuchten Versammlung beschlossen, mit der Regierung in keine Verhandlungen einzutreten, bis die Polizeiwachtruppen aus den geschlossenen Betrieben zurückgezogen sind. Die Arbeiter der Eisenbahnen, etwa 700-800 Mann, sind in den Sympathiestreik eingetreten. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Vierter Tag.

Kopenhagen, 29. August. (Eigener Bericht.)

Den Vorsitz führt der dänische Vertreter Hansen. Außerhalb der Tagesordnung wird die Stellungnahme der Eisernen Internationale zur gegenwärtigen

Weltlage behandelt. Hierzu hat die Kommission eine Resolution ausgearbeitet, die von Ditzmann (Deutschland) begründet wird.

Müller (Deutschland) begründet seine eigene, den gleichen Zweck verfolgende Resolution.

In der weiteren Diskussion erklärt Metzheim (Frankreich), der sich gegen jeden Krieg, auch den Bürgerkrieg, wendet, u. a.: Die Folge des Krieges ist bei uns eine furchtbare Schwächung der revolutionären Bewegung. Diese wird zurzeit nur noch von einem sehr geschwächten Kreis getragen. Diese Tatsache muß bei unserer Haltung wohl berücksichtigt werden. Bei uns will die Masse der Arbeiter jetzt nichts von Sozialismus, Kommunismus, Menschheitsidealen wissen. Sie will leben, und zwar gut leben. Die Metallarbeiter in Paris verdienen gegenwärtig 4 bis 4 1/2 Franken die Stunde. Ihr Streben gilt nur noch der Er-

Achtung, Beamten- und Angestelltenfunktionäre!

Am Sonnabend, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, in Haberlands Festsaal, Großer Saal, Neue Friedrichstr. 35:

Allgemeine Beamten- und Angestellten-Funktionärenkonferenz.

Tagesordnung:

Bericht über die politische Lage sowie die Neutralitätserklärung Deutschlands und die Stellung der Beamten und Angestellten hierzu. Referent Genosse Max Groger.

Bericht über die Tätigkeit des Reichsbeamtenbeirats. Referent Genosse Max Grauefeldt.

Bezirksverband Groß-Berlin. Beamtensekretariat.

höhung des Lohnes. Der Gedanke um Mehrverdienst beherrscht die Massen vollständig. Alles Andere, Höhere kümmert sie nicht.

Das (Deutschland) lehnt die bolschewistische Methode ab, er wünscht, daß der Kongress jedem Land die Wahl seiner Methoden frei läßt. Dies kommt aber in der Resolution nicht deutlich zum Ausdruck. Er werde aber, trotz mancher Bedenken, mit seinem Mitbestimmten Nummer für die Resolution stimmen.

Die hierauf einstimmig angenommene Resolution hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Der 8. internationale Metallarbeiterkongress verurteilt den Krieg und erklärt, daß jeder Krieg zerstörend wirkt, daß der Krieg die Bestrebungen der kapitalistischen Klassen und Regierungen, die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und zu verlängern, offensichtlich macht. Der Kongress verurteilt jede offene oder verdeckte Intervention der Regierungen eines Landes in das Recht der Völker, selbst ihre Verfassung und Regierung zu bestimmen. Der Kongress verurteilt jede Vergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes, sowohl die früher begangenen als auch die späterhin beabsichtigten, unter welchem Vorwand immer sie vorgenommen werden sollten.

Der Kongress lehnt die Aufmerksamkeit des ganzen Proletariats auf die Unfähigkeit des Kapitalismus und seiner Regierungen, einen gerechten und wirklichen Frieden zustande zu bringen, der die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung aller Völker sichern könnte. Vor allem verweist der Kongress das Proletariat auf den ungerechten imperialistischen Frieden, der vom Kapitalismus den Völkern Europas auferlegt wurde. Dieser Frieden ist ein untraglicher Beweis und ein herber Beispiel dafür, daß ein Krieg tatsächlich weder die sozialen Probleme lösen, noch die Befreiung des Proletariats herbeiführen kann. Dies kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des Internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf besiegelt und herbeigeführt werden. Der Krieg weckt und peitscht nationalistische Leidenschaften auf, reißt das Proletariat auseinander, verurteilt es zur Ohnmacht und behindert es daher in der Verfolgung seiner gewerkschaftlichen Ziele.

Der Kongress bekräftigt, daß Ziel und Gründe, die zur Errichtung des Internationalen Metallarbeiterbundes führten, heute mehr denn je Geltung haben. Deshalb betont er mit besonderem Nachdruck die Pflicht der angeschlossenen Organisationen, den Bestrebungen des Kapitalismus den festen Willen und die ganze Aktionskraft des Proletariats mit um so größerer Energie entgegenzustellen, als der Kapitalismus jetzt alle seine Kräfte zur Verwirklichung seiner Ziele sammelt. Diese Pflicht besteht gegenüber allen vom Kapitalismus entfesselten Kriegen ganz besonders gegenüber dem mit Hartnäckigkeit fortgeführten Krieg gegen das russische Proletariat. Dieser Krieg zeigt ebenso wie der Kampf gegen das ungarische Proletariat die gemeinsame Schuld und das Zusammenwirken der kapitalistischen Regierungen an der Niederwerfung nicht nur der Arbeiter Sowjetrußlands und Ungarns, sondern des Sozialismus überhaupt.

In Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und im solidarischen Zusammenwirken mit der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam fordert der Kongress die

Metallarbeiter aller Länder auf, ihre Klassenolidarität durch Verweigerung der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichen Kriegsgerätes für die Feinde Sowjetrußlands und für jeden anderen Krieg durch Überwachung der auszuführenden Aufträge und durch Unterstützung der Transportarbeiter und Eisenbahner in der Zurückhaltung von Truppen-, Waffen- und Munitionstransporten aktiv zu bekämpfen.

Streik der Berliner Stickerarbeiter.

Die Stickerarbeiter-Gewerkschaft Groß-Berlins hat den ihr von den Arbeitgebern aufgedrungenen Kampf aufgenommen und befindet sich seit dem gestrigen Tage im Streik. Die Forderung lautet: Anerkennung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses vom 23. Juni d. J. und Abschluß eines Tarifvertrages.

Der Schilderamauerstreik geht weiter!

Am Sonnabend, den 22. d. M., hat eine längere Verhandlung über die schwebenden Lohnfragen vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Assessor Joachim als Unparteiischem stattgefunden. Da eine Einigung über die Löhne, sowie einige andere strittige Punkte nicht zu erzielen war, mußte ein Schlichtungsspruch gefaßt werden, in dem den Amateuren ein Stundenlohn von 6,25 M., den Helfern 5,75 M., den Arbeitern im Alter unter 20 Jahren 4 M., über 20 Jahre 4,75 M. und den Auskäufern ein Wochenlohn von 200 M. zugesprochen wurde. Außerdem wurde eine Regelung zu der Auslegung des § 618 U.G.B. durch den Schiedsspruch festgelegt.

Die Streikenden haben durch ihre Kommission erklären lassen, daß sie sich dem gefällten Spruch unterwerfen, wöbigegeben die Arbeitgeber durch ihren Vorsitzenden, Herrn Sommerfeld, die Erklärung abgaben, daß sie den Schiedsspruch nicht anerkennen.

In der am Mittwoch stattgefundenen Streikberatung wurde festgestellt, daß einige weitere Firmen die Forderungen der Streikenden anerkannt haben und daß es sich gegenwärtig nur noch um 20 Firmen handelt, bei denen die Arbeit ruht. Als bestritten gelten folgende Firmen: Karl Hedert, Pringelstr. 32; Otto Grund, Wallergasse 3; Wilhelm Bartel, Moikenmarkt 1; Alfred Bänow & Co., Delforter Str. 4; Walter Dewitt, Straßauer Str. 8; R. Dittmeyer, Neue Friedrichstr. 11; E. Dutzi, Landsberger Str. 32; Gebrüder Fischer, Simonsstraße 11; Fischer & Lang, Anholstr. 5; Otto Hühner, Annenstr. 25; A. Kaufmann, Kungestr. 18; Koch & Wein, Ritterstr. 49; Rattes & Rahn, Neußölln, Schönfeldstraße; Otto Müllerhuch, Königgräber Str. 40; Ernst Schmidt, Neußölln, Jochenstr. 78; P. Schmitz del, Vinkstr. 20; Thieme & Co., Landsberger Str. 62; Zweibarth & Co., Alte Jakobstr. 4; Kiehlung, Gütshiner Str. 78; Robert Boeisch, Alte Jakobstr. 72.

Streikarbeit konnte bisher fast überall mit Erfolg verhindert werden. Nur in Weiden hat die Firma Bartel eine größere Arbeit ausführen können und zwar handelt es sich hier um das Kaufhaus von Peter, Veltan, Viktoriastr. 14. Mithilfe leistete hier der Glasermeister Verdubn. Die Streikenden haben die Firma Peter, sowie auch den Glasermeister Verdubn auf die Streikarbeit hingewiesen, trotzdem ist diese Arbeit ausgeführt worden.

Die Streikenden erziehen daher nochmals die Bevölkerung Berlins und Umgebung, auf alle Schilderamauerarbeiten genau zu achten und bei deren Ausführung sich vergewissern zu wollen, ob die mit diesen Arbeiten betrauten Personen auch im Besitze der von der Streikleitung ausgestellten Legitimation versehen sind. Falls eine solche nicht vorgezeigt werden kann, handelt es sich um Streikarbeit und man wolle dafür sorgen, daß diese sofort eingestellt wird.

Zur Bewegung der Kommunalbeamten und Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Den Tageszeitungen wurde von „ununterrichteter Seite“ mitgeteilt, daß eine Arbeitseinstellung der vereinslosen Kommunalbeamten und Angestellten in bedrohliche Nähe gerückt sei. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese „ununterrichtete Seite“ der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens ist.

Nach Annahme des Gesetzes vom 8. Juni d. J. triumphiert dieser Verband in seiner Rundschau für Kommunalbeamte, daß mit dem Gesetz ein gut Teil seiner Wünsche erfüllt sei. Ramentlich triumphiert er deshalb, weil er damit dem verhassten Tarifvertragsgedanken den Garaus gemacht zu haben glaubt. Bereits jetzt muß er zugeben, daß seine Erwartungen nicht erfüllt sind.

Der Zentralverband der Angestellten, in dem ein erheblicher Teil der Angestellten bei Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammengefaßt ist, hat mit dieser Bewegung nichts zu schaffen. Er ist zu den Beratungen nicht hinzugezogen worden. An die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten bei Gemeinden und Gemeindeverbänden ergeht deshalb die Aufforderung, nur der Weisung ihrer Organisation Folge zu leisten.

Deutscher Arbeiterverband, Montag, 30. August, nachm. 5 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30, Betriebsrätekonferenz aller Branchen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Bepko-Hermendorf; für Anzeigen: Th. Wöste, Berlin, Verlag: Betriebsrat Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Otter 1 Verlag.

A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

- Weißkohl Pfund 20 Pt.
- Wirsingkohl Pfund 20 Pt.
- Rotkohl Pfund 30 Pt.
- Rote Mohrrüben .. Pfund 25 Pt.
- Sellerieknollen mit Laub Pfund 50 Pt.
- Dauerzwiebeln Pfund 55 Pt.
- Maiskolben Pfund 45 Pt.
- Senfgurken zum Einlegen, Pfd. 50 Pt.
- Gurken zum Einlegen Pfund 30 Pt.
- Kochäpfel Pfund 60 Pt.
- Kochbirnen Pfund 70 Pt.
- Graubirnen Pfund 1 10
- Kaiserkronen Pfund 1 50
- Tafeläpfel Pfund 70 Pt.

- Kartoffeln Pfund 30 Pt.
- Zomalen Pfund 60 Pt.
- Pflaumen Pfund 60 Pt.

- Junge Gänse Pfund von 14 00 an
- Junge Brathühner Pfd. von 14 00 an
- Margarine Pfund 10 50
- Marmelade 50% Zucker gesüßt Pfund 3 00

Konserven

- Sardinen in Öl, Dose 6.15 9.75
- Thunfisch in Öl .. Dose 6.35
- Krabben . 1-Pfund-Dose 9.75
- Schinkenpaste (Ham Loaf) Dose 5.50
- Kalbfielchpaste (Veal Loaf) .. 5.50
- Fleischpaste Dose 2.85
- Senferinge ovale Dose 7.75 9.75
- Amerikan. Würstchen Dos. 8.25
- Amerikan. Arme-Ration (Rindl., m. Bohn., u. Kartoffeln) Dose 9.00
- Pork and Beans (Bohnen mit Schweinef., gekocht, Dose 2.00 3.10
- Tafelsalz „Stern-Etze“ Paket 0.45

- Harzer Kümmelkäse Pfd. 6 70
- Landkochkäse Stück 5 40
- Liptauer Käse Stück 2 40
- Landkäse Stück 3 40
- Edamer Käse Pfund 16 00
- Holländer Käse Pfund 16 00
- Dänisch. Goudakäse Pfund 11 00
- Matjesheringe Stück 1 20
- Salzheringe große Stück 85 Pt.
- Bücklinge Pommersche . Pfund 6 80
- Pomm. Flundern .. Pfund 4 50
- Geräucherte Aale Pfd. von 14 00 an
- Frische Schellfische Pfd. v. 1 80 an
- Lebende Aale stark .. Pfund 19 00